Die Panzerknackerin

Neues vom Kampf gegen Krieg & Militarisierung

5 Beiträge zum Aktionstag gegen militärische Infrastrukturen, 1 Aufruf zur Kampagne gegen DHL, 1 Text zu eingebetteten EthnologInnen im SFB 700, 1 Prozesserklärung der Beschuldigten im [mg] Prozess, und x direkte Aktionen gegen den M-Komplex

 # 03

Aktuelle Berichte von antimilitaristischen Initiativen auf der Strasse & ihren FreundInnen in aller Welt

More and more Social War

a.d.c. im Advent des Aufstands

Langsam kommt die Message an: Gegen den Krieg zu kämpfen kann nicht heißen sich für einen weichgespülten Kapitalismus einzusetzen - der ja auch für die wenigsten noch im Angebot ist. Für den Rest vorgesehen ist der Frieden der Friedhöfe, der auf Dauer gewaltsam befriedete, aber in keinem Moment wirklich aufgehobene soziale Konflikt. Während sie dafür sorgen, dass im hochgerüsteten Grenzstreifen Mittelmeer jeden Tag AfrikanerInnen ertrinken erklären die Eliten die Idee der Grenze für aufgelöst. Für sich. Für ihr Geld, ihre Waren, ihre Panzer, ihre Kontrolle.

Wieder einmal sollen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf kriegerischem Wege neu vermessen werden. Hier wie dort. Die Spürpanzer gegen die G8 Proteste in Heiligendamm, die Morde der Bullen in Genua und Athen, das gleichzeitige abwerfen von Bomben & Brot zu Beginn des Afghanistan-Krieges waren nur der plumpe Start einer Militarisierung des Zivilen, die auch noch unsere Vorstellung davon, was Frieden eigentlich sein könnte in Tarnfarben auszumalen sucht.

"Comprehensive approach" nennt es die aktuelle NATO-Strategie (übersetzt: "umfassender Zugang", meist reden sie hier aber von "vernetzter Sicherheit") - totaler Krieg heißt heute totale Aufstandsbekämpfung & strebt danach, sich alle gesellschaftlichen Kräfte und Strukturen zunutze zu machen. Dieses Ziel wird professionell verfolgt. SozialwissenschaftlerInnen werden an die Front geholt, auf dass die Armee den Feind besser verstehe. Dazu findet ihr auf Seite 5 einen spannenden Text.

Um dieser Strategie einen Strich durch die Rechnung zu machen müssen wir wesentlich umfassender als bisher Kriegsdienste verweigern. Nicht nur nicht zustimmen - uns vielmehr aktiv den von Kriegstreiberseite gewünschten Kollaborationen entziehen und gegen Krieg handeln, wo immer wir uns bewegen. Und, mit dem Schlechten kommt das Gute: Die Möglichkeiten nehmen mit Fortschreiten der Militarisierung zu! Nicht nur in (Polizei-) Kasernen und Konzernen, auch in Unis, auf Arbeitsamt & Post können Kriegsdienstleister angegriffen werden. Lest dazu den Vorschlag zu DHL auf Seite 4.

Help them bring the war home.

Berlin: Aktion gegen eingebettete Wissenschaftler

12.November 2008, Freie Universität

"Wer sich einbettet muss Federn lassen" Blutige Kissen an der Professorentür, der Sprecher des SFB 700 Thomas Risse liegt im aufgeschlitzten Camouflage-Bettzeug & hat Federn auf der Nase. Interventionsforschung nennen die AntikriegsaktivistInnen die intellektuell-militärische Zuarbeit, die sie stoppen wollen. Das frühmorgendliche Entbettungshappening im Rahmen des Europäischen Aktionstages gegen militärische Infrastruktur war die zweite Aktion gegen den Sonderforschungsbereich 700. am 1.9. dem Antikriegstag, war eine Diskussionsvernstaltung über den Afghanistankrieg blockiert worden, zu der SFB 700er als ExpertInnen geladen waren.

[indymedia.org/2008/11/231649.shtml]

Schweden: "Abrüstung von unten" bei BAE & Saab

16.Oktober 2008 - Eskilstuna & Karlskoga

Mit Bolzenschneidern schneiden sich zwei AktivistInnen der Gruppe Ofog/Avrusta ein Loch in den Zaun der Waffenfabrik von British Aerospace Systems in Karlskoga und zerstören mit Hämmern hydraulische Zylinder und Kühlaggregate der Haubitze 77. Diese Waffe könnte sonst 20 Minuten lang 6 Schuss die Sekunde abfeuern. Laut BzE beläuft sich der erzielte Schaden auf 50.000 Euro. Ob alle Verträge eingehalten werden können sei unklar.

Zur gleichen Zeit zertrümmern weitere Leute im Saab-Werk in Eskilstuna mit Hämmern 25 Carl Gustav Granatwerfer, wie sie die indische Armee in Kaschmir und die US-Armee im Irak einsetzt.

Die fünf AbrüsterInnen lassen sich vor Ort festnehmen und sehen den anstehenden Prozessen wegen schwerer Sachbeschädigung mit Gelassenheit entgegen. Sie wollen das Gericht zur Anklage der schwedischen Rüstungsindustrie nutzen.

[ofog.org]

Bodelshausen - NATO-Pipeline markiert

31.November 2008 - Waldläufer

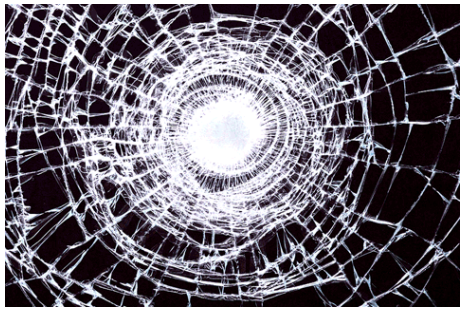
Am Rande des Landschaftsschutzgebietes "Rammert" im Landkreis Tübingen verläuft die NATO-Pipeline, durch die Treibstoff in die verschiedensten NATO-Einrichtungen der BRD gepumpt wird. Vom Ortsrand sind die weiß-roten Markierungspfähle und die eingezäunte Pumpstation gut zu sehen. im Wald findet sich ein größeres Tanklager. Betreiberin ist die Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH (FBG). Mehr Bilder bei:

[de.indymedia.org/2008/12/234375.shtml]

Am Wochenende spazierten FriedensaktivistInnen ein Stück an der Pipeline entlang und wiesen mit Schildern auf die Kriegsvorbereitungen unter der Idylle hin, auch in Hinblick auf den 60jährigen Geburtstag, den die NATO im April 2009 in Baden-Baden und Strassburg zelebrieren will. In Strassburg endet auch der Arm der NATO-Pipeline, der Bodelshausen passiert.

USA: Direkte Aktionen gegen Rekrutierungsbüros

12.Oktober 2008 - Santa Cruz, USA



Am sog. Columbustag greifen Leute das Rekrutierungsbüro der US-Arnee in **Santa Cruz** mit Farbe und Säure an. Sie schreiben: "Die US-Regierung führt seit jeher einen Vernichtungskrieg gegen Lebensformen, die auf dem Land basieren, um Erde wie Menschen die kapitalistische Ausbeutung aufzuzwingen. Seit 516 Jahren treffen sie auf Widerstand. Weder Justiz noch Miltär kann unsere Kämpfe niederschlagen. Wir entschuldigen uns, dass das Gebäude noch steht". [indybay.org]

Diese Zeitung ist gemacht zum kopieren und verbreiten! **Fight Copyright!!!**

Auch in anderen Orten hatte es über den Sommer Angriffe auf Büros der US-Armee gegeben, etwa in **Tacoma** und **Spanaway** im Bundesstaat Washington, wo Gruppen in Solidarität mit dem Widerstand gegen die Militarisierung der Häfen alle Scheiben der örtlichen Rekrutierungs-Center zerstörten. Im Hafen von Tacoma war im August 2008 nach jahrelangem symbolischen Protest erstmals die reale Verschiffung von Kriegsgerät blockiert worden.

[olypmr.org, seattle.indymedia.org]

Lüneburg: Protest gegen öffentlichen BW Appell

30.September 2008 - Lüneburg, Niedersax

An diesem Tag erhielt das 3. Aufklärungsbataillon der Bundeswehr den Beinamen "Lüneburg". Die Zeremonie wurde direkt vor dem Rathaus unter starkem Polizeischutz begangen. Der von Bürgermeister Mädge (SPD) beschworene Rückhalt der Bevölkerung entpuppte sich als lautstarker Protest. gegen den Aufmarsch des Militärs. Davon gibt es ein Video im Internet:

[graswurzel.tv]

Belfast: Protest gegen die britische Kriegsmaschine

2. November 2008 - Belfast, Nordirland

Anlässlich der angekündigten Militärparade des Royal Irish Regiment durch Belfast demonstrierten am frühen Sonntag morgen 400 Menschen gegen die britsche Armee. Das RIR besteht aus ultrareaktionären Loyalisten, die neben ihrem Job immer wieder für bewaffnete Überfälle und Morde in paramilitärischen und faschistischen Verbänden verantwortlich waren. Die Demo forderte ein Ende der britischen Besatzung Nordirlands und wendete sich gegen die Einsätze in Irak und Afghanistan.

[reibiliun.blogspot.com]

Büchel: Zaun erklettert

30.August 2008 - Büchel, BaWü

Drei FriedensaktivistInnen aus Belgien gelingt es, den von Hunderten Feldjägern und PolizistInnen bewachten Atomwaffen-Stützpunkt bei Büchel zu entern. Sie klettern um 15.30 Uhr über den Zaun. Mit ihrer gewaltfreien Aktion protestierten sie gegen die Beteiligung der BRD an den Atomkriegsplänen der NATO. Am Camp nahmen Leute aus Finnland, Schweden, Frankreich, Belgien und England teil.

[atomwaffenfrei.de]

Griechenland: Militärs drei Tage lang angegriffen

2.-4.November 2008 - Athen, Thessaloniki

Gleich zehn Mal greift die "Conspiracy of Cells of Fire" militärische Ziele an: In Athen brennt ein Militärjeep & mehrere Autos der Marine im Eingang des Marinekommandos; Feuer gibt es für ACE HELLAS, einem Hersteller digitaler Systeme für die griechische Armee, für den Klub & die Gewerkschaft ehemaliger Offiziere, sowie fürs Büro von Verteidigungsminister Vaggelis Meimarakis. In Thessaloniki wird der Klub der Reserveoffiziere, eine private Militärschule, eine mit der Armee kooperierende Bank sowie das Militärgericht angegriffen.

Die Zellen analysieren die Militarisierung der griechischen Gesellschaft, speziell das Entstehen eines polizeilich-militärischen Komplexes zur Absicherung des tödlichen sozialen Friedens des Kapitalismus in den Metropolen. Sie sehen ihre Aktion als Akt des Krieges gegen die Kriegsmaschine, die in jedem Moment Menschen vernichtet und in den Selbstmord treibt.

[directactiongr.blogspot.com]

Fans & PiratInnen paddeln Bundeswehr BigBand weg

7.August 2008 - Rheine, Westphalen

Die Propagandashow mit Infotruck gerät zur Wasserschlacht. Mit einem Schlauchboot paddeln AntimilitaristInnen in **Rheine** zwischen die auf der schwimmenden Emsbühne musizierende BW BigBand und die Ufertribüne. 500 ZuschauerInnen können auf dem ausgebreiteten Transparent lesen: „Spiel mir das Lied vom Tod – Bundeswehr wegrocken!“ Auf der Tribüne werden Flugblätter verteilt.

Am nächsten Tag folgt die fröhliche Fangemeinde der BW BigBand nach **Münster**, entrollt ihr Transpi diesmal auf der Bühne.

Zum Konzert am 11. September hingegen waren es Kriegsopfer und der Tod, die in **Nürtingen** für mehr Krieg und für die BW demonstrierten. Mit Flugis klären sie über ihr tatsächliches Anliegen auf. In der Nacht zuvor hatten rege AntimilitaristInnen die Stadt mit Anti-Kriegs-Slogans verschönert.

Auch in **Berlin** kamen KonzertbesucherInnen nicht an der Entgegennahme kritischer Flugblätter vorbei.

Dem Heeresmusikcorps 2 ergeht es nicht besser: In **Göttingen** schleichen sich AntimilitaristInnen am 18.November ins Konzert und entfalten das beliebte "Spiel mir das Lied vom Tod" Banner in der ersten Reihe. Flugis mit Fotos zerbombter Häuser in Belgrad und Särgen deutscher Soldaten sorgten für reges Interesse. "Who wants to live forever?". [de.indymedia.org]

Warsawa: AnarchistInnen trotzen Nationalfeiertag

11. November 2008 - Warsawa, Polen

Am "Unabhängigkeitstag" ist in Polen eine grosse Vielfalt nationalistischer und militaristischer Spektakel geboten: Das Militär paradiert, die Nazis gehen auf die Strasse und der Präsident gibt einen Ball. Dagegen organisierte sich anarchistischer Widerstand. Am Nachmittag protestierten sie bei der Parade gegen die in Slupsk geplante US-Militärbasis und verteilten Flyer mit Tips für den Atomkrieg. Seit der Entscheidung Polens für den Bau des sog. Raketenschildes stationieren Russland und Weißrussland Atomraketen an der polnischen Grenze. Später versuchten AnarchistInnen den weit größeren Aufmarsch der faschistischen ONR zu blockieren, bevor sie am Abend einen Gegenball auf der Strasse veranstalteten. [cia.bzzz.net]

Hannover: Sommerbiwak führt zu Protestcluster

August 2008 - Hannover, Niedersachsen

Nicht noch einmal wollte die BW riskieren, dass ihr Adventskonzert in der Marktkirche zum antimilitaristischen Highlight wird und sagte dieses kurzerhand ab. Beflügelt von diesem Erfolg besetzt die Gruppe Pink Panzer kurz vor dem Kuschelfest von Stadt und BW den Park, in dem das ganze steigen soll: Transparente werden in Bäume gehängt, Rasenflächen und Blumenbeete mit zehntausenden "Soldaten-sind-Mörder" Schnippselchen verziert. Parolen gegen Krieg auf Wegen und Bäumen markieren die antimilitaristische Sondernutzungszone.

Am Tag selbst gelang es dank neuer Strategie, dass viele Leute nahe ganug an die PanzerfreundInnen herankamen, um mit Schmähreden, Transparenten und blutbesudelten Körperteilimitaten die Botschaft rüberzubringen. Die Gäste schlichen zum Nebeneingang rein, die Party konnte nur unter massivem Polizeischutz stattfinden, [antimilitarismus.blogsport.de]

DIE PANZERKNACKERIN berichtet über aktive Bemühungen antimilitaristischer Gruppen gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung. Über direkte Aktionen gegen Kriegsmaschinerie und Rekrutierung. Gegen das Morden durch die Abschottung der Grenzen, gegen Aufrüstung und Ausbau von Polizei und Gefängnissen. Gegen den Einzug der Kriegslogik in unser aller Alltag und die allgemeine Kriminalisierung der Sozialen Frage. Für eine Perspektive jenseits der tödlichen kapitalistischen Zustände. Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben. **We gotta fight the power for peace!**

[panzerknackerin@so36.net / online zu Gast bei: bundeswehr-wegtreten.org]

Europäischer Aktionstag Militärische Infrastruktur

14./15. November 2008 - vielerorts

In Berlin ging es mit dem Besuch des SFB 700 [siehe Seite 1] am 12.11. schon früher los. In den folgenden Tagen gab es weitere Beiträge von AntimilitaristInnen zum europäischen Aktionstag "Krieg geht von Europa aus", zu dem ein in Malmö auf dem ESF 2008 frisch ins Leben gerufenes antimilitaristisches Netzwerk aufgerufen hatte:

[europeanpeaceaction.org]

BRD: Antimilitaristische Tatortinspektion

13.November 2008 - Berlin & Potsdam

Bereits die erste Station der antimilitaristischen Bustour machte Furore: Der Prozess gegen Axel, Florian und Oliver musste aufgrund der lautstarken Kundgebung vor dem Gericht unterbrochen werden. Seit dem 25. September wird dort gegen die drei Antimilitaristen nach §129 verhandelt, die im Juli vorigen Jahres versucht hatten BW-LKW auf einem Firmengelände von MAN anzuzünden, d.h. Kriegsgerät unbrauchbar zu machen. [Die Prozesserklärung der drei findet ihr auf Seite 9]

Weiter ging es zum Teach-In in der Mensa der Uni Potsdam, wo vor einem Jahr der Studiengang Military Studies eingeführt wurde, der als direkte Kooperation von BW-Instituten und Uni als Speerspitze der Militarisierung von Forschung und Lehre gelten kann. "Bundeswehr raus aus den Unis" lautete die klare Botschaft.

Nächste Station war die MAN-Werkstatt in Brandenburg, die nach Scheitern der genannten Abrüstungsinitiative weiterhin als Tatort zu gelten hat. Einstweilen wurde dieser inspiziert und ein auf Papier gemalter Bundeswehr-LKW in Brand gesetzt.

Zum Ende der gut 5-stündigen Bustour, auf der es neben den genannten Punkten Beiträge zu weiteren antimilitaristischen Initiativen, aber auch zu neuen Strategien von BW und NATO gab, wurde das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam-Geltow aufgesucht. Von dem unscheinbar mitten im Wald gelegenen Tatort aus werden sämtliche Auslandseinsätze der BW befehligt.

[ein super filmchen davon: freundeskreis-videoclips.de/2008/tatortinspektion.php]

Belgien: Kriegsministerium kurzerhand geschlossen

14.November 2008 - Brüssel

Um gegen die direkte und indirekte Beteiligung Belgiens am Afghanistankrieg zu protestieren - von Militärbasen in der BRD wird immer wieder Kriegsgerät und Munition über den Hafen von Antwerpen nach Afghanistan und Irak verschifft - verschließen 30 Vredesactie AktivistInnen die Türen des Ministeriums mit Ketten und schließen sich selbst daran fest. Auf dem Gebäude wird ein Banner angebracht, große Mengen Blut vom Gehweg gekippt.

[vredesactie.be]

Spanien: Friedensfahne auf Radarstation gehisst

14.November 2008 - Alacant

Am frühen Morgen erklimmen einige Leute von der Gruppe tortuga die mit doppeltem Stacheldrahtzaun gesicherte Radarstation auf dem höchsten Berg der Region, dem Aitana, und hissen dort als Zeichen ihres Ungehorsams gegen Krieg und Ungerechtigkeit, sowie als Symbol der Gesellschaft, die sie errichten wollen eine Friedensfahne.

[grupotortuga.com]

Baskenland – Blockade vor Rüstungsfabrik ITP

15.November 2008 - Bilbao

Die Alternativa Antimilitarista MOC aus Bilbao verriegeln das Tor der Rüstungsproduzenten ITP mit Ketten und übergießen sich selbst mit roter Farbe. ITP steht für Industria de Turbopropulsores und stellt vor allem Motoren und Turbinen für Helicopter und Flugzeuge her, z.B. für Eurofighter, Airbus Transporter und Chinook.

[antimilitaristas.org]

Das war es leider schon an Aktionen in diesem Rahmen. Vielleicht hatte sich die Idee von europeanpeaceaction einfach jenseits der traditionellen Friedensbewegung noch nicht rumgesprochen? Wie dem auch sei, passiert ist trotzdem ne ganze Menge:

Magdeburg: Sabotage von Bundeswehrfahrzeugen

15. Dezember - bei Diesdorf, BRD

Das "Kommando Schwarzer Salzstreuer" zersticht auf einem unbewachten Gelände der Bundeswehr die Reifen von drei Fahrzeugen, verklebt die Schlösser, gießt Farbe darüber aus und schreibt "Soldaten sind Mörder" an die Wand. Die Gruppe ist der Ansicht: "Direkte Aktionen gegen Militäreinrichtungen und andere Institutionen staatlicher Gewaltausübung sind legitim und notwendig im Kampf für eine herrschaftsfreie Gesellschaft." Sie widmen ihre Aktion den Beschuldigten im [mg] Prozess "Sind wir nicht alle ein biszchen militante gruppe?"

[directactionde.blogspot.com]

USA: Sabotage bei Boeing legt Produktion lahm

22.November - Ridley Park, Pennsylvania

Ein unbekanntes Objekt in der Benzinversorgung einer V-22 Osprey ("Fischadler" - Kipprotorflugzeug mit vertikaler Start- und Landefähigkeit) sorgte an diesem Freitag bei Boeing für einen Produktionsstop. Die ArbeiterInnen waren Samstag wie gewohnt zur Arbeit erschienen, aber die Bänder standen still. Statt Maloche sahen sie sich mit Versuchen der Werksleitung konfrontiert, die Urheber der Sabotage zu finden.

In der gleichen Anlage des Konzerns, dem weltweit größten Hersteller militärischer Hubschrauiber und Flugzeuge hatten verärgerte ArbeiterInnen bereits im Mai die Kabel von zwei CH-47 Chinook Helicoptern durchgeschnitten.

[bombsandshields.blogspot.com]

Kontra Heldengedenken: Farbe für Kriegsdenkmäler

Zum Kanonenfuttertag - von indy

Gräfenberg: Kurz vor dem geplanten Naziaufmarsch am sogenannten Volkstrauertag wurde deren protziges Ziel, ein 8 Meter hohes Denkmal für die gefallenen Soldaten beider Weltkriege rosa eingefärbt. Neben das seit Jahren von den Faschisten gewallfahrte Monstrum wurde "Nie wieder Krieg!" und "Nazis raus" gesprüht. Die unerkannt gebliebenen KünstlerInnen schlagen vor, statt der Täter den Opfern des Nationalsozialismus, dem Widerstand dagegen und den Deserteuren zu gedenken, die sich nicht an diesem Vernichtungskrieg beteiligen wollten.

In **Bremen** wurde kurz vorm nasskalt widerlichen Heldengedenken das örtliche, von den Nazis in den 30er Jahren erbaute riesige Soldaten-Denkmal völlig eingepinkt. Aus dem Kommuniqué zur Aktion geht die antimiltaristische Motivation der MalerInnen ebenso hervor wie aus den vor Ort hinterlassenen Slogans "Soldaten sind Mörder" und "NATO versenken".

In **Berlin** kam es zu einer Gegenaktion auf dem Garnisonsfriedhof, dem home of many horrors militäristischen Gedenkens. Noch bevor die 50 Reaktionäre und Nazis (noch viel zu ungestört) ihre Kränze am Columbiadamm abwerfen konnten, war der "Hererostein" unbrauchbar gemacht worden. Das Denkmal verherrlicht den Kolonialismus und will das Massaker an tausenden Herero und

Nama, verbrochen 1904 von der damals schon "Schutztruppe" genannten deutschen Kolonialarmee in "Deutsch-Südwest" zur soldatischen Heldentat umdefinieren.

In **Göttingen** wurde der "Buß- und Bettag" zur antimilitaristischen Umwidmung des Soldaten-"Ehrenmals" im Stadtteil Weende genutzt. "Tuet Buße" steht da nun, und "Weender Soldaten sind Mörder".

Italien – Demos gegen geplante Militärbasen

4.Oktober 2008 - Trentino & Vicenca

Am 4.Oktober protestierten 700 Menschen aus verschiedenen Realitäten und Orten der Region gegen den Bau einer Militarbasis der italienischen Armee in **Mattarello**.

Kurz nach Beginn der Demo begannen etwa 25 Faschorocker aus verschiedenen europäischen Ländern, die Demonstration von der Terrasse der Jugendherberge Trento aus anzupöbeln. Die TeilnehmerInnen wollten und konnten das nicht akzeptieren und riefen antifaschistische Parolen. Die Situation eskalierte schnell und diverse Objekte und Feuerwerk flogen zwischen Faschos und AntimilitaristInnen. Eines der Feuerwerke landete im Zimmer zweier Nazirocker (aus der Schweiz und aus Spanien). Beide kamen an den Ohren verletzt ins Krankenhaus .

Die Carabinieri gingen sofort zur Demo, es wurde aber niemand festgenommen. Die Faschos behelligten sie nicht. Das Klima auf der Demo war angespannt, es kam zu kurzen Auschreitungen mit den Bullen und Streit zwischen DemonstrantInnen.

Wogegen die Demo sich wendete:

1) Die Militärbasis in Mattarello ist Teil eines Entwicklungsmodels für die Region. Mehrere Waffenproduzenten, an erster Stelle die italienische Finmecanica sollen dort Firmen eröffnen. Zudem will Finmecanica u.a. zusammen mit der Bruno-Kessler-Stiftung ein neues Forschungszentrum im Trentino aufbauen.

2) Die Basis wäre Teil größerer militärischer Infrastrukturen - eine neugebaute Strasse soll Mattarello mit der Militarbasis in Veneto verbinden. Auch der umkämpfte neue Hochgeschwindigkeitszug TAV und der Zivilflughafen von Mattarello spielen eine Rolle.

3) Die autonome Provinz Trento ist die einzige Provinz in Italien mit einem Militär-Haushalt. Sie ist mit 200 Milionen Euro am Projekt beteiligt.

4) Der Aufbau der Militarbasis ist ein Schritt mehr hin zur Betonierung und Zerstörung der Alpen.

Am Ende der Demonstration wurde ein offenes Plenum veranstaltet, auf dem über mögliche nächste Initiativen beraten wurde.

[trentomilitarenograzie.blogspot.com]

In **Vicenza** demonstrierten am 2.Oktober 12.000 Menschen gegen den Bau der geplanten US-amerikanischen Militärbasis und das Verhalten der italienischen Polizei. Diese hatte bei einer Demo gegen die Basis im September auf DemonstrantInnen brutal eingeschlagen. Sitzstreikende wurden an den Haaren weggeschleift, auch alte Menschen verprügelt, eine Frau im Rollstuhl mit Schilden und Polizeistiefeln so gestossen, dass sie mitsamt Rollstuhl umfiel. Über einen Demonstranten fielen 5 Polizisten zugleich her. Zu einem älteren Demonstranten wurde gesagt: “Ich bring dich um, du dreckiger Pazifist!”. Es gab 20 Verletzte, 6 Leute wurden festgenommen.

Seit zwei Jahren kämpft die Bevölkerung von Vicenza in einem breiten Bündnis zusammen mit zahlreichen Initiativen gegen die Militärbasis. Demonstrationen, direkte Aktionen und ziviler Ungehorsam behinderten seither den Bau.

[nodalmolin.it]

Köln – Torte für Arge-Chef

10.September 2008 - Körn, NRW

„Bye Bye Bundeswehr“ war das Motto einer vielversprechenden Abschieds-Party zu der mehr als 40 AntimilitaristInnen in festlicher Kleidung erschienen waren.

Große und kleine Torten, Sahnespritzen, Sekt und Konfetti sollten die BW-Werber auf ihrem letztmaligen Weg ins BerufsInformationsZentrum begleiten. Die hatten sich aber schon Stunden früher in die Arbeitsagentur geschlichen, wo sie sich von Polizei und Securities beschützen ließen. Die einzige Interessentin musste sich als mutmaßliche Störerin am schwer bewachten Eingang abtasten und durchsuchen lassen, um zu ihnen vorzudringen.

Währenddessen traf eine umherschweifende Schokotorten-Truppe auf den neuen ARGE-Chef Müller-Starmann, der mitverantwortlich ist für die Anwerbeversuche von arbeitslosen Jugendlichen zum Militär.

Schicksalsmäßig verabschiedeten sich die Schokotörtchen und folgten dem Gesetz der Fliehkraft aufs Hemd von Müller-Starmann. Das Fazit in Köln ist: Die BW hat Mühe ihr Gesicht zu wahren. Seit Monaten finden Werbeveranstaltungen aufgrund der regelmäßigen Störungen nur zu publikumsarmen Zeiten statt.

[bundeswehr-wegtreten.org]

USA – Schwimmbad der Luftwaffe verglassplittert

9.August 2008 - Vandenberg, California

An einem schönen Sommerwochenende dringen Unbekannte ins Schwimmbad der US Air Force im kalifornischen Vandenberg ein und zerdeppern Leuchtstoffröhren im Basin. Die Reinigung des Pools wird laut Armee Wochen oder den ganzen Monat dauern. Sweet Kleinvieh macht auch Mist.

[socialrupture.blogspot.com]

Berlin – Einweihung des Soldatendenkmals gestört

27.November 2008 - Berlin

Mit Zombiemasken, verkohlten Leichen und Totenköpfen zogen AntimilitaristInnen vor den Bendlerblock, wo an diesem Vormittag der Grundstein für das sogenannte Ehrenmal der Bundeswehr gelegt wurde. Der optisch leicht an einen Mülltonnen-Regenschutz erinnernde Bau soll der Gewöhnung der Bevölkerung an Kriegstote dienen und dafür letztlich Zustimmung produzieren. Die KriegsgegnerInnen übten schon mal den optimistischen Grundton "Ja, krepieren. Für Rohstoff, Profit und Machtausbau".

[bamm.de]

USA: New York Times verkündet Kriegsende

12. November 2008 - Manhattan, USA

Eine Sonderausgabe machte es im ganzen Land bekannt: Der Krieg in Afghanistan und Irak ist zu Ende! 1.2 Millionen der am 4.Juli 2009 erscheinenden Zeitung, auf den ersten Blick nicht als Fake zu erkennen, wurden an diesem Morgen verteilt und manch LeserIn mag sich gefreut haben am liberalen Traum vom einfach-so-vorbei.

[nytimes-se.com/pdf]

Eine Kampagne gegen...

Von info.libertad.de - 28.September 2008

Olivgrün unter postgelbem Tarnanstrich

Die Idee reiht sich ein in Vorschläge für Aktionstage gegen Rüstungsbetriebe und die Commerzbank (an vorderster Front im Bereich der Akzeptanzbeschaffung für die Bundeswehr). Ebenso wie die Commerzbank gibt es DHL, Postämter und Postbriefkästen in fast jeder Stadt. Diese Orte bieten sich somit für lokale Aktivitäten zur NO-NATO-Mobilisierung und darüber hinaus an. So ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, die militärische Unterstützungsarbeit vornehmlich ziviler Dienstleister mit hohem Verbreitungsgrad und hoher Abhängigkeit von ihrer Reputation beim Endkunden öffentlichkeitswirksam anzugehen.

Zivil-militärische PublicPrivatePartnership

Es ist der bislang größte Auftrag der deutschen Transportbranche und es ist das umfangreichste Privatisierungs- und Umstrukturierungsprojekt der Bundeswehr. Die Bundeswehr wird große Teile ihrer Basislogistik im Rahmen einer Public Private Partnership an ein ziviles Unternehmen abtreten. Konkret geht es um die Lagerung und Bewirtschaftung von Bundeswehr-Material (ohne Sanitätsmaterial, Munition und Treibstoffe) und den weltweiten Transport

[Fortsetzung auf Seite 9]

Know you enemy: Söldner-AnthropologInnen

Detelef Hartmann – brutalst gekürzt

Freut Euch über eine weitere Folge dieser lehrreichen Serie, die uns hilft sie zu verstehen - all die militärischen Umbaumaßnahmen und selbstgerechten ideologischen Kniffe, mit denen letztlich alles, was noch ein bißchen lebt nutzbar gemacht werden soll für diesen verkackten Dreckskrieg.

Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen

„Söldner-EthnologInnen / mercenary anthropologists" sind derzeit in den USA Gegenstand einer erregten Debatte. September 2007 hatte US-Kriegsminister Gates das Programm für „embedded scientists", für ins Militär eingebettete EthnologInnen und SozialwissenschaftlerInnen auf 60 Mio.$ verdreifacht. Die WissenschaftlerInnen sollen als Bestandteil einer neuen zivilmilitärischen Offensive ins Kriegsgeschehen integriert werden.

„Bewaffnete Sozialarbeit" war der Begriff, den der von General David Petraeus hinzugezogene australische Anthropologe David Kilcullen dafür geprägt hat. Petraeus, leitender amerikanischer Kommandeur im Irak und früherer Assistenzprofessor betreibt ein Vorhaben, das der leitende UN-Offizielle in Südost-Afghanistan als grundlegenden Umbruch der militärischen Agenda sieht: „Mein Gefühl ist, dass das Militär im Augenblick einen enormen Wandel durchmacht, zu einem Zeitpunkt, wo sie feststellen, dass sie militärisch nicht weiterkommen."

Angestoßen durch eine entschlossene Kampagne aus maßgeblichen Mitgliedern der American Anthropological Association, hat NewsWeek am 12.04.2008 einen kritischen Artikel gegen dieses Programm veröffentlicht: „Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen." Scharfe Reaktionen aus Pentagon und von Seiten der eingesetzten Anthropologen folgten. NewsWeek moniert die sechsfache Bezahlung im Verhältnis zu amerikanischen Wissenschaftlerlöhnen, mangelnde Sprachkenntnisse, zweifelhafte Effizienz. Die leitende Wissenschaftlerin Montgomery McFate warf den Autoren wütend mangelnde Sachkenntnisse und Blindheit vor. Der Christian Science Monitor hatte ein Team schon im letzten Jahr begleitet und vom besseren Zugang zu den gefährlichen beschäftigungslosen jungen Männern im Shabaktal und guter Spionage durch Befragungen berichtet.

Befragungen waren auch das erste praktische Projekt des von Deutschen quasi parallel gestarteten „Sonderforschungsbereichs 700". Der SFB 700 wurde im Februar 2007 als auf 12 Jahre angelegtes und finanziertes Vorhaben eröffnet. Beteiligt sind das BMZ, FU und Uni Potsdam, das Wissenschaftszentrum Berlin, Hertie-School of Governance, Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) sowie das Europäische Hochschulinstitut Florenz. Bei „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit, geht es um „Staatlichkeit ohne Staat". Gefragt wird nach „neuen Formen des Regierens".

So wie das Weißbuch des BMfV 2006 die „National Security Strategy" (NSS) aus dem Hause Bush für den hiesigen Bedarf umformulierte, so folgt auch der SFB 700 dem Vorbild US-amerikanischer Strategien. Das Projekt richtet sich auf eine kriegerische atlantische Partnerschaft ein und wird mit Sicherheit auf dem Nato-Gipfel 2009 ihre genauere Formulierung erfahren. Die amerikanische Initiative „bewaffneter Sozialarbeit" passt ihr grundlegendes strategisches Projekt wiederum an die im Irak und Afghanistan gemachten Erfahrungen an: An die globale sozio-ökonomische Transformation im Medium des Kriegs, kurz: Globalisierung als Projekt des sozialen Kriegs. Wir werden SFB 700 nicht verstehen können, ohne die bisherige Entwicklung kurz zu resümieren.

Im 2003 erschienen Buch „Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg" wurde darauf hingewiesen, dass Ressourcenraub und Plünderung als Erklärung des Irakkrieges zu kurz greifen. Bedroht von der neuen Generation perspektivloser Jugendlicher und hegemonialen Ansprüchen terroristischer Eliten aus ihrer Mitte entfesselten Neokonservative Avantgarden ein kriegerisches Abenteuer mit dem Ziel der Transformation des Nahen Ostens als Vorspiel einer globalen Transformation. Für die Neugründung des amerikanischen Projekts definierte die nationale US-Sicherheitsstrategie die ganze Welt als Interventionsfeld, als ein Projekt „schöpferischer Zerstörung" nicht nur des Nahen Ostens, sondern im globalen Maßstab in der Erweiterung seiner Aufmarschfelder vom Irak, über Syrien bis Kolumbien.

Im Irak reichte der tiefe soziale Schock der „Shock-and-Awe"-Kriegsführung und die anschließenden Freigabe für Plünderungen aus, das ohnehin in den letzten zehn Jahren systematische zerschlissene soziale Gewebe völlig aufzulösen und seine sozialen Bestandteile verfügbar zu machen. Die Hoffnung, diese Partikel würden nun jubelnd damit beginnen eine neoliberale Gesellschaft zu formen war idiotisch und illusionär. Nachdem die Zwänge einer nachholenden Modernisierung weggefallen waren, reorganisierten sich stammesgesellschaftlich und religiös geprägte Strukturen ebenso schnell, wie das klientelistische Gewebe des Regimes - mit der Folge sich verstetigender Konflikte, in denen sich Bürgerkrieg und Widerstand gegen die US-Okkupation mischten.

„Surge" und „Counterinsurgency"

Schon früh drängten die maßgeblichen im American Enterprise Institute (AEI) organisierten neokonservativen Hintergrundformationen der Bush-Regierung auf Anpassung der Strategie. Wenn sich die Sozialstruktur des Irak unter der frühen „idealistischen" Politik nicht zerlegen und neu zusammen setzen wollte, so bedurfte es einer Vertiefung des sozialstrategischen Zugriffs.

Im Oktober 2003 preist Bush in einer legitimatorischen Rede den amerikanischen Überfall auf die Philippinen von 1898 als Modell für die neue Irakpolitik: Als Befreiung von kolonialer Herrschaft und Blaupause für den neuen antiterroristischen Weltkrieg. Im "US-Counterinsurgency in Iraq, Lessons from the Philippine War" der AEI-Autoren Donnelly und Serchuk finden sich die Details des Vorbilds einer "wohlwollenden Assimilation": Damals (wie auch heute) seien durch einen ersten harten militärischen Schlag die Überreste der republikanischen Armee der Philippinen zertrümmert worden, um dann mit der Politik der Counterinsurgency den lokalen Widerstand anzugreifen. Die Struktur der Widerstandsformen damals auf den Philippinen und heute im Irak sei die gleiche. Damals hätte man mit Zuckerbrot und Peitsche die Konfliktstruktur in lokale Auseinandersetzungen aufgespalten und lokale Guerillagruppen auf die eigene Seite gebracht, um mit ihrer Hilfe den Widerstand aufzureiben. Heute wie damals sei Counterinsurgency ein blutigeres Geschäft als der konventionelle Krieg selbst. Damals wie heute wurden unter Beteligung von EthnologInnen neue Eliten gegen die Aufstände aufgebaut.

Nach Scheitern der brutalen Operationen in Falludja propagierten Donnelly und Serchuk den „Surge": eine „Welle" der Steigerung militärischer Intensität, die das Aufstocken von Soldaten und Material mit dem Tiefenzugriff in die soziale Struktur unter Einsatz kriegerisch geschulter AnthropologInnen und SozialwissenschaftlerInnen kombiniert.

„Warrior-Intellectuals" als Counterinsurgency-Experten

„Surge" meint die Bereitstellung zusätzlicher Soldaten in einer Höhe von 20.000 operativen Kräften. Sie ist verbunden mit einem Konzept, Punkt für Punkt und ausgehend von den befriedeten Zonen näher ans soziale Terrain heran zu gehen. Einheiten sollten sich nach einer Operation nicht mehr zurückziehen, sondern das Terrain halten und zum Ausgangspunkt weiterer Operationen machen. Damit wurde das Konzept Rumfelds aufgegeben, die zahlenmäßige Stärke der Soldaten eingeschränkt zu halten. Auch wenn der „Surge" mit dem Versprechen eines mittelfristigen Rückzugs verbunden war, stellt er doch eine Intensivierung und Vertiefung dar. Diese durchbrach aber auch den bisherigen Charakter der Operationen und veränderte das Verhältnis zur Bevölkerung.

War es bisher geprägt von einem rein militärischen Verständnis von Besatzung und Be-

friedung, bedeutete „Surge“ einen Durchbruch, eine Erweiterung, eine Vertiefung der Operationen in neue soziale und kulturelle Dimensionen der Kriegführung. Im Selbstverständnis seiner Betreiber: eine „kulturelle Militarisierung“ im Sinne einer Verschmelzung von Sozialarbeit und Anthropologie mit der Kriegführung. Kultur, soziale Netze, Mentalitäten, Einstellungen werden zum Feld militärischer Operationen, die Wissenschaften, die sich damit beschäftigen, verlassen den Bereich des „zivilen“ und rücken als zivile Berater in der Erscheinung neuer „Consulting“-Firmen ins Kriegsgeschehen ein, formieren sich zur Gesamtheit eines „militärisch-anthropologischen Komplexes“ (Gonzalez). Sie makieren den Umbruch zu einer Totalisierung des Krieges neuen Typs aus der Krise alter militärischer Strategien heraus – einer Totalisierung der Mobilisierung wissensgesellschaftlicher Energien in eine ungewisse Zukunft.

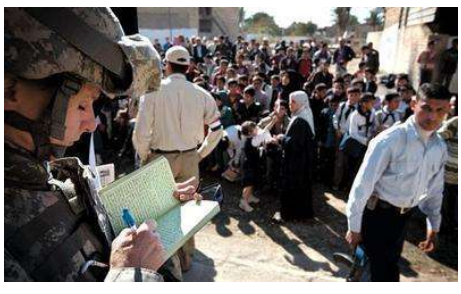
Auch wenn der Surge aus dem neokonservativen Hintergrund der Bush-Administration lanciert wurde, gehört er diesem im Kern nicht mehr an. Als zentrale Akteure ragen „kriegerische Intellektuelle“ wie General David Petraeus und die AnthropologInnen David Kilcullen und Montgomery McFate heraus. Petraeus hatte 2003/2004 das Kommando über die 101 Luftwaffendivision im Operationsbereich Nordirak. Nachdem die amerikanischen Kriegsstrategien sich immer mehr im Widerstand festgelaufen hatten, wurde er zum Hoffnungsträger eines neuen Aufschwungs. Seine strategische Offensive ins anthropologische, kulturelle, mentale Terrain hinein erarbeitete er in kurzer Zeit mit den AnthropologInnen Kilcullen und McFate.

Beide haben als persönlichen Hintergrund ein linkes Elternhaus. McFate berichtet, dass sie sieben Jahre in IRA-Sympathisantenkreisen gelebt habe, wo sie die große Bedeutung von Familien und sozialen Netzwerken kennen gelernt habe, Kilcullen machte sie bei seinen Studien in West Java ähnliche Erfahrungen. Seine multidisziplinären Feldforschungstechniken mit anthropologischem Schwerpunkt galten besonders den sozialen und familiären Netzwerken der indonesischen Aufstandsbewegungen, die er in Ost Timor als Kommandeur einer Infanterieabteilung der UN-Interventionstruppen vertiefte. Er sagt dazu: „Ich habe außerordentlich ähnliche Verhaltensweisen und Probleme im islamischen Aufstand in West Java und der christlich separatistischen Bewegung in Ost Timor miterlebt. Nach 9/11, als eine Menge Leute sagten: „Das Problem ist der Islam“, dachte ich, das liegt tiefer. Es geht um menschliche soziale Netzwerke und ihre Operationsweisen.“ „Was mir das über Jemaah Islamya sagte, handelte nicht von Theologie. Es gibt dort Elemente im menschlichen psychischen und sozialen Apparat, die das Geschehen antreiben. Das islamische Zeug ist sekundär. Leute werden nicht von ihrer Ideologie in die Religion getrieben. sie werden von ihren sozialen Netzwerken hineingezogen.“

Montgomery McFate verarbeitete ihre Erfahrungen aus dem IRA-Umfeld zu einem PhD. Nachdem sie in RAND’S Intelligence Policy Center gearbeitet hatte, ging sie zum Büro für Marineforschung in Virginia und wechselte wenig später als Kilcullen als anthropologische Beraterin ins Pentagon. Nach dem 11. September widmet sie sich „leidenschaftlich dem Problem: die Regierung muss ihre Gegner kennen lernen.“ Der Kampfplatz der globalen Counterinsurgency sei intim lokal und die amerikanische Regierung brauche „feinkörniges“ Wissen des sozialen Terrains, auf dem sie kämpft. 2005 veröffentlichte sie zur Notwendigkeit einer anthropologischen Durchdringung des menschlichen Kampffelds, des „human terrain“ mehrere Aufsätze. 2006 verfasste sie mit Kilcullen in Zusammenarbeit mit General Petraeus große Teile des neuen Militärhandbuchs zur „Counterinsurgency“ (COIN).

Das Handbuch sieht Aufstandsbekämpfung ausdrücklich nicht als bloße Anwendung theoretischen anthropologischen und soziologischen Wissens, sondern als Lernprozess in der militärischen Operation. „Die netzartige politisch-militärische Natur von Aufstand und COIN verlangt das Eintauchen in die Bevölkerung und in ihre Lebensweise, um siegreich zu sein. Ohne das Umfeld zu verstehen, kann nachrichtendienstliches Wissen weder verstanden, noch richtig angewendet werden. Die Operationen der Aufstandsbekämpfer selbst sind Schlüsselproduzenten von nachrichtendienstlichem Wissen. Ein Kampfzyklus entfaltet sich, wo militärische Operationen Wissen produzieren, das in folgende Kampfzyklen eingespeist wird." (1-125, 1-126) Zentral ist die „zivilmilitärische Kompetenz". Es geht um "Wissen, kulturelles Verstehen, Wissen von grundlegenden zivilen Funktionen. Der Soldat muss darauf vorbereitet sein, Sozialarbeiter zu werden, ziviler Ingenieur, Schullehrer, Pflegepersonal, Pfadfinder." (2-41)

„Die Streitkräfte müssen die Bevölkerung der Gastnation verstehen, die Aufständischen. Verlangt ist Einsicht in Kulturen, Wahrnehmungen, Werte, Glaubenshaltungen, Interessen und Entscheidungsprozesse von Individuen und Gruppen. Kriegsrelevantes Wissen und Operationen nähren sich gegenseitig. Verlangt ist ein Wissensfluss von unten nach oben“. (3-1, 3-5)



Es geht um „Mapping“, das „gründliche Vermessen“ von Sozialstruktur und Kultur als „Gewebe von Bedeutungen“ (3 – 36) Zentral ist die Analyse sozialer Netzwerke, Verhalten, Führung, Dynamik, die stets aktualisiert werden muss. (B 29ff) COIN enthält eine Vielzahl von Ausführungen und Beispielen, die hier nicht alle behandelt werden können. Wissensquelle sind über zivil-militärische Operationen hinaus Befragungen bis zur Grenze zulässiger Folter unter Beteiligung anthropologischer Experten.

Counterinsurgency auf dem Terrain des Menschlichen

„Eintauchen in die Bevölkerung“, „Vermessen der sozialen Struktur“, „Lernen in der militärischen Operation“ sind Schlagworte, mit denen sich die Krieger-Intellektuellen Zugang zu der Vorstellungswelt der Militärs bahnen wollen, um sie umzuformen. Es geht darum die Transformation des militärischen Selbstverständnisses in Richtung eines vertieften totalen Krieges als langfristigen Prozess ins gesellschaftliche Gewebe einzuleiten. Einen anderen Weg des innermilitärischen „Change-Managements“ geht McFate, indem sie an die Rolle der Anthropologie in der amerikanischen Kriegs- und Kolonialgeschichte anknüpft.

In ihrem Grundsatzartikel „Anthropology and Counterinsurgency" schreibt sie, kulturelles Wissen sei vorrangig geworden, weil sich traditionelle Formen der Kriegführung in Irak und Afghanistan als unzureichend erwiesen hätten. Dies liege daran, dass die Streitkräfte einen komplexen Krieg gegen einen Feind führen, den sie nicht verstünden. Dessen organisatorische Struktur sei nicht militärisch, sondern stammesförmig. Ihre Taktiken seien nicht konventionell, sondern asymmetrisch. Darum müsse man an das lange fruchtbare Verhältnis zwischen Militär, Kolonialismus und Anthropologie anknüpfen. Einst sei (und dies wird positiv gesehen) die Anthropologie die Magd des Kolonialismus gewesen, nun sei sie im Abgrund des kritischen Postmodernismus verkommen, eingeleitet mit dem Versagen in Vietnam.

McFate sieht die Anthropologie als Opfer systematischer „Selbstgeißelung“ unter antikolonialen marxistisch geprägten Ideologie, die sich leider unter Einfluss von Leuten wie Spivak auf die Seite der Schwachen, der „Subalternen“ gestellt hätte. Sie beschwört die Wurzeln dieser Wissenschaft, die tief mit dem Militär und dem Kolonialismus verbunden seien, sie beschwört sogar die Wurzeln in den Indianerkriegen von 1865 – 1885 (Vernichtungskriege, die in der US-amerikanischen Geschichtswissenschaft inzwischen als Frühformen des totalen Kriegs entziffert werden).

Sie fordert ihre KollegInnen auf den Elfenbeinturm der Unis in Richtung gut dotierter militärischer Anwendungsfelder zu verlassen. Diese seien auch inhaltlich interessant, denn in einer neuen Phase angewandter Forschung winke das völlige Eintauchen („total immersion“) in den Untersuchungsgegenstand. Denn: „erfolgreiche Counterinsurgency hängt vom Erlangen eines ganzheitlichen totalen Verständnisses der lokalen Kultur ab.“

Die Totalisierung anthropologisch-militärischer Operation stellt den paradigmatischen Rahmen des neuen intellektuellen Kriegertums. „Human terrain“ heißt nichts weniger als die Totalisierung des kriegerischen Zugriffs auf alle menschlichen, gesellschaft-

lichen, mentalen, kulturellen Dimensionen. Beforschung des sich im Krieg transformierenden menschlichen „Objekts“ und Krieg verschmelzen zu einer Operationsform. Das „Mapping“, das Vermessen des menschlichen Terrains öffnet in der Vorstellungswelt des Zugriffs eine neue Ebene jenseits der Vorstellung militärischer Raumgewinne.

„Ethnographische Intelligence soll die „terra incognita“ verstehen helfen, in diesem Fall das menschliche Feld“ (Oberstleutnant Fred Renzi) Das Verständnis vom menschlichen Terrains rekuriert ausdrücklich auf die Aufstandsbekämpfung, wie sie gegen die Black Panthers zum Einsatz kam. Sie sieht die Arbeit als Laborarbeit am lebenden Objekt, ihr methodisches Selbstverständnis ist ein „social profiling“ im dynamischen Prozess, in den alle im Kampf, in den Knästen, bei Interviews gewonnenen Daten mit Hilfe modernster Erhebungstechniken einfließen sollen.

Die derzeitige Militarisierung zielt nicht nur auf die kriegerische Nutzung der Ethnologie, sondern darauf Kultur und Lebensweise der Betroffenen kriegsenthnologisch zu transformieren - über ein kriegerisches Social Engeneering hinaus Ethno-Engeneering und Ethnodesign zu betreiben.

Das Projekt SFB 700 entspricht in allen wesentlichen Zügen dem US-amerikanischen Vorhaben. Es ist auf die Totalität der gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse gerichtet. Es zielt nicht auf deren Schutz, sondern auf Transformation - allerdings nicht im Sinn der Herstellung von Staatlichkeit und demokratischern Verhältnissen. Es betrachtet seinen Gegenstand vielmehr als Labor eines offenen Prozesses. Im Unterschied zu COIN verschmilzt es Militärisches nicht direkt und organisatorisch mit der Ethnologie. Dies hat mit der grundsätzlichen Strategie zu tun „Wissenschaft“ und Befragungen derzeit noch im Schutz des Scheins von Neutralität und Objektivität zu halten, auch aus historischen Gründen.

Das SFB 700 hat 16 Teilprojekte, die in die 4 Projektbereiche Theoretische Grundlagen, Sicherheit, Herrschaft, Wohlfahrt & Umwelt. gegliedert sind. 50-60 WissenschaftlerInnen waren zu Beginn dabei, Tendenz steigend. ProjektleiterIn sind Thomas Risse vom Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin und Ursula Lehmkuhl vom John-F.-Kennedy-Institut. Ihr Auftrag ist die Frage nach „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens?“ SFB 700 ist weder Behörde, noch Amt oder Forschungsinstitut. Er stellt selbst eine neue Form des parastaatlichen Handelns dar und verrät die zukünftige ethnomilitärische Politik der BRD. Insgesamt ist es konzipiert als sich selbst energisierender Kern eines sich dynamisch selbst organisierenden Projekts im Sinne eines public-private (Exzellenz)-Clusters.

Hinter der harmlos formulierten Leit-Frage verbirgt sich ein Durchbruch von epochaler Radikalität. Die Frage ist nicht: Wie kann Staatlichkeit, Recht, Frieden und Wohlstand in den geschundenen Regionen der Weltgesellschaft wiederhergestellt werden? Wie können Wege zur Verwirklichung von Versprechen einer humanen und demokratischen Welt gefunden werden, in der ein menschenwürdiges Leben aller gewahrt ist? Im Gegenteil. Die weltweiten gesellschaftlichen Zerstörungen werden als vollendete Tatsache genommen und zugleich als Ausgangspunkt einer Reise in eine unbekannte Zukunft, in der sich neue Formen der Gewalt und Herrschaft jenseits freiheitlicher, demokratischer Zielvorstellungen formieren. SFB 700 konzipiert sich als Mitakteur und zugleich wissenschaftlicher Begleiter dieser Formierung, ähnlich wie COIN dies projektiert. Einge Beispiele dazu:

Vom Untergang der alten Welt und der Suche nach neuen Formen von Gewalt und Herrschaft im Medium des Kriegs

Risse und Lehmkuhl beschreiben die grundsätzliche Ausrichtung des SFB in etwaq so: Die Ära staatlich gefasster Gewaltordnung mit ihren Entwicklungen von Demokratie und Recht ist vorbei. Aus den aktuellen Kriegen und dem globalen Krieg gegen den Terror formiert sich Gewalt und Herrschaft neu ins historisch Offene hinein.

"Könnte es angesichts der vielfältigen Räume begrenzter Staatlichkeit sein, dass sich der moderne Nationalstaat letztlich als historische Ausnahme erweist? Was, wenn wir es weltpolitisch dauerhaft mit Räumen begrenzter Staatlichkeit zu tun hätten? Was wäre, wenn entwickelte Demokratien nur eine Ausprägungsform guter politischer Ordnung darstellten, aber beileibe nicht die Einzige? Es könnte ja sein, dass die anfangs erwähnten weltweiten Herausforderungen (humanitäre Katastrophen, Klimaerwärmung, Terror) die Folge eines Trends von Globalisierung und Transnationalisierung „von oben“ bei gleichzeitiger Aushöhlung klassischer Staatlichkeit „von unten“ sind, dass wir also das Ende moderner Staatlichkeit erleben. Auch in der entwickelten Welt der OECD-Länder begegnen uns Räume, in denen die staatliche Rechtsdurchsetzungsfähigkeit nur begrenzt gegeben ist (etwa die Pariser Vororte). Wir sollten uns also vor der Arroganz hüten, begrenzte Staatlichkeit als ausschließliches Problem der Dritten Welt zu sehen“

Angesichts des fundamentalen Umbruchs lehnen sie die Orientierung am alten Modernisierungsparadigma Wachstum, Demokratisierung,.Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen ab, da es auf der Annahme beruhe, "dass es sich bei begrenzter Staatlichkeit um ein defizitäres Übergangsphänomen handelt. Dadurch gerät aus dem Blick, dass sich in Räumen begrenzter Staatlichkeit vielleicht ganz andere Formen des Regierens herausbilden könnten, die Formen traditioneller Herrschaft mit „neuen“ Governancemodi verbinden“. Die Rede ist von „hybriden Regimen“ aus formellen und informellen öffentlichen und privaten Macht-, Gewalt- und Steuerungsformen, an denen auch private Sicherheitsfirmen, Warlords und klientilistische Patronage-Netzwerke beteiligt sind. SFB 700 sieht diesen Umbruch als unumkehrbar an.

"Zur Zeit orientiert sich die internationale Gemeinschaft mit ihren Hilfsmaßnahmen noch fast vollständig am Idealbild des entwickelten und demokratischen Wohlfahrtsstaates westlicher Prägung. Wenn wir es aber mit Räumen begrenzter Staatlichkeit als Regel- und nicht als Ausnahmefall zu tun haben, dann ist diese Zielvorgabe weder praktikabel noch normativ geboten.“

Ebenso wie SFB 700 nicht demokratisch initiiert und verantwortet, sondern als sich selbst organisierendes Cluster etabliert wurde, sagt er uns: eine demokratische, rechtstaatliche Welt der Wohlfahrt aller ist out, eine Episode der Geschichte, als Projekt ein historischer Ausnahmefall.

„Häufig gehen *Good Governance*- Programme internationaler Organisationen davon aus, es gehe darum, klassische Staatlichkeit mit den herkömmlichen Instrumenten staatlicher Gewaltkontrolle und effektiver Rechtsdurchsetzung herzustellen. Demgegenüber halten die Teilprojekte unseres Forschungsvorhabens die normative Frage nach dem angemessenen Entwicklungspfad für Länder mit defekter Staatlichkeit bewusst offen. Vielmehr geht es darum, die (Dys-)Funktionalität bestehender staatlicher (Un-)Ordnung in diesen Räumen zu analysieren und zu untersuchen, ob und in welchem Umfang die „neuen“ Formen des Regierens klassische Staatsfunktionen übernehmen können“

Typus Warlord als Governanceproduzent

Da nunmehr die historische Periode der Staatlichkeit als historisch nicht notwendige Ausnahme verstanden wird und nicht mehr als Etappe eines Entwicklungspfads, ändert sich auch das Verständnis von Geschichte. Sie wird als Forschungs- und Lernmaterial für Gewalt- und Herrschaftsformation neu erschlossen und damit zugleich als Legitimationsressource. Dabei wird dem Gewaltunternehmertum eine neue Bedeutung als historisch produktives Leitbild zugewiesen. Der historische Typus des Warlords avanciert zum „Governanceakteur“, zum kriegerischen „Staatlichkeitsunternehmer“.

Gunnar Schuppert: "Die für die meisten Kriege zentrale Figur des Warlords kann geradezu als Verbindung unternehmerischer, politischer und militärischer Logiken in einer Person definiert werden.“

Heinrich Lang sieht die italienischen Warlords Condottieri „als Prototyp von kriegerischem Entrepreneurship“: „Söldnerkapitäne waren unternehmerisch tätig und führten militärisches Handeln als Auftragsgeschäft im Namen der Staatsgewalt durch, so dass die von Condottieri übernommene Kriegsführung einen Markt für Gewalt als Bestandteil zwischenstaatlicher Beziehungen generierte." In den gegenwärtigen Söldnerfirmen der Private Military und Security Companies (Blackwater, DynCorp) sieht er die „Rückkehr der Condottieri“.

Kolonien als historisches „Labor“

In ähnlicher Weise sucht der SFB die Kolonialgeschichte als historisches Labor von Gewaltoffenheit, begrenzter Staatlichkeit und „hybriden“ Formen der Kooperation für die neue Etappe der Governance-Formierung fruchtbar zu machen.

Risse/Lehmkuhl dazu: „Auch wenn man bei „kolonialer Herrschaft“ eher an hierarchische, repressive Formen des Regierens denkt, spielten nicht nur für das britische Empire Formen „indirekter Herrschaft“ durch in das System der Kolonialherrschaft einbezogene lokale Akteure eine wichtige Rolle. Zum einen können koloniale und semikoloniale Räume als Laboratorien der europäischen Moderne verstanden werden. Zum anderen traf die Kolonialherrschaft auf indigene Herrschaftssysteme. Das Aufeinanderprallen derart unterschiedlicher Formen des Regierens erzeugte hybride *Governance*-Formen, die u.a. charakterisiert waren durch die uns interessierenden „weichen“ Steuerungsformen."

Ethnologie „vor Ort“ in Zentralasien

Im Teilbereich „Transnationale Kooperationspartnerschaften und Gewährleistung von Sicherheit in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ werden seit Jahren ethnologische Feldforschungsprojekte in Zentralasien und insbesondere in Afghanistan organisiert und durchgeführt. Federführend sind Christoph Zürcher und Ulrich Schneckener. Wieder geht es dabei nicht um die Herstellung rechtstaatlicher und demokratischer Verhältnisse. Ziel ist vielmehr „in Ergänzung von“ bzw. „zusammen mit militärischen Interventionen, die Förderung der „Bereitstellung funktionaler Äuquivalente von Staatlichkeit durch Kooperation verschiedener Akteure. An solchen Kooperationen sind in den Zielräumen als Adressaten der Intervention NGOs, private Akteure (v.a. lokale „big men“ und klientelistische Netzwerke) sowie Teile von Staatsbürokratien beteiligt. Die Intervenierenden sind Internationale Organisationen (IOs), INGOs und staatliche Akteure.“

Die auf der Mikro-Ebene angesiedelten Fallstudien sind mit umfangreichen Recherchen vor Ort prozessorientiert angelegt, zunächst je drei zu Tadjikistan und Pakistan, sowie zwei zu Afghanistan. Inhaltlich geht es um ein ethnologisches Vermessen, ein „Mapping der Akteure“ und ihrer Beziehungen, dann in einer zweiten Phase um die Operationalisierung und Standardisierung der Variablen, die Herstellung standardisierter Interview-Fragebögen und Durchführung standardisierter Interviews, und zwar in Kooperation mit lokalen Forschungsgruppen. Die Vorgehensweise bei der Erhebung des Primärmaterials orientiert sich an den gängigen Verfahren ethnographischer und mikropolitischer Feldforschung einschließlich teilnehmender Beobachtung vor Ort. Ob und wie eng die Verschränkung mit militärischen Operationen realisiert wird, wie das „zusammen mit militärischen Interventionen“ im Einzelnen aussieht, ist dem Bericht Aicht zu entnehmen.

Zürcher und sein Mitarbeiter Jan Köhler bringen ihre Erfahrungen im Rahmen von NGOs und IOs aus Einsätzen für die Weltbank und in Kooperation mit der GTZ ein. In Tadjikistan und Afghanistan rühmen sie sich sehr guter Arbeitskontakte mit lokal tätigen INGOs (MSDSP, GTZ, AKF). Gerade Tadjikistan habe sich „zu einem beinahe idealtypischen Beispiel für das staatsäquivalente Funktionieren von öffentlich-privaten Partnerschaften entwickelt.“ Seit 2001 hätten alle großen vor Ort tätigen INGOs und IO (darunter UNTOP, UNCHR, OSCE, USAID, Care, Mercy Corps, GTZ, MSDSP) ihre Programme auf Konfliktbearbeitung „gemeinstreamt“ – unter Kooperation mit „den Patrons vor Ort“. Ganz im Sinne „funktionsäuquivalenter“ Staatlichkeit wird gefragt: „Trägt die Schaffung von ‚Inseln der Stabiltät’, wie sie beispielsweise manche *warlords* anbieten oder wie sie die PRTs (*Provincial Reconstruction Teams*) in Afghanistan herstellen sollen, auch zur Förderung der überregionalen Sicherheit bei?“ In der Pakistan-Studie wird auch die funktionsäquivalente Leistungsfähigkeit der von parastaatlichen Milizen und Rackets kontrollierten Netzwerke und Versorgungseinrichtungen in Karatschi ins Blickfeld genommen.

Ergebnisse einer ersten Umfrage (durchgeführt in Kooperiation mit dem Referat Evaluierung des BMZ) mit Interviews von 2034 Haushalten in 77 Gemeinden im Nordosten Afghanistans haben Köhler und Zürcher im Oktober 2007 als SFB-Governance Working Paper Series No. 7 veröffentlicht: Zur Frage des Beitrags ausländischer Truppen und lokaler Milizkommandeure in Fragen der Sicherheit, zu den Spannungen zwischen „westlichen und traditionellen Werten“, Genderfragen, Erziehung und Ausbildung von Jungen und Mädchen, zur Entwicklungszusammenarbeit und Rolle des Staates besonders bei der Versorgung, und natürlich dem „Mapping“ von lokalen Autoritäts- und Konfliktlösungsinstanzen (auch Bedeutung der Dorfältesten und –jirga).

Die Befragung war auch ein Test des Befragungsverhaltens und der Ansprechbarkeit (im Sinne einer ersatzdemokratischen Steuerung durch Umfrage), und verfolgte zugleich propagandistische Ziele in Afghanistan und Deutschland. In Anbetracht der weitgesteckten Zielsetzungen und radikalen Orientierung des SFB 700 erscheint es unwahrscheinlich, dass wir alles erfahren haben. Wir wissen vor allem nichts über die zivil-militärischen Informationsflüsse. ★

Einen Interessanten Aspekt, der sich in der Vorstellung der Ergebnisse kaum Niederschlug, enthält der im Appendix der Studie behandelte Gesichtpunkt des sozialen Zusammenhalts, den Regeln und Übungen gegenseitiger Hilfe und die damit zusammenhängende Bereitschaft zur Mobilität und Selbstmobilisierung, anders: die Frage nach dem Ausmaß gesellschaftlicher Zerstörung. Befunde werden nicht diskutiert, tauchen aber in der im Juni dieses Jahres erschienenen Studie der SFB-Beteiligten Stiftung Wissenschaft und Politik auf. Danach hätte die Schwächung bzw. Auflösung traditioneller sozialer Bindungen als Folge des Staatszerfalls und neuer Kommunikationstechnologien auch Platz für Neues geschaffen. Neue Eliten hätten sich herausgebildet in den als Folge massenhafter Flüchtlings- und Arbeitsmigration entstandenen Diasporagemeinden einzelner Provinzen und ethnischer Gruppen in den großen Städten, und hätten damit zugleich das Stadt-Land-Verhältnis verändert.

Gewalt- und Governmance-Markt

Im Teilprojekt Privatisierung und Kommerzialisierung von Sicherheit – federführend sind Sven Chojnacki und Zeljko Branovi´c stehen Fragen der Funktionsweise privater Sicherheits- und Gewaltmärkten und Erfahrungen mit den dort agierenden „Governance-Entrepreneuren“ an. Ganz im Credo von SFB 700 heißt es dort:

„Auch wenn sich die hier angeführten Überlegungen zu Sicherheitsmärkten auf Räume begrenzter Staatlichkeit konzentrieren, so hat das Konzept letztlich transhistorischen Charakter. Die Monopolisierung von Sicherheit durch den modernen Nationalstaat würde demnach eine historisch kontingente Marktsstruktur beschreiben, auf der Staaten und ihre Staatsvölker als zentrale Marktteilnehmer auftreten. Brechen diese Organisationsformen beispielsweise durch Staatszerfall oder bewaffnete Konflikte weg, impliziert dies auch einen Wandel der Marktstruktur. Wie privatisiert die Sicherheitsmärkte des 21. Jahrhunderts sein werden, ist dann letztlich vor allem eine empirische Frage.“

Eine neue Ära des imperialistischen Tiefenzugriffs

COIN und SFB 700 sprengen in einer neuen Phase des Kriegs gegen den Terror radikaler denn je die Leitvorstellungen der alten Welt. Sie koppeln die mit dem Strategiebegriff „Cluster“ verbundenen, nach innen gerichteten Sozialtechniken an ein langfristig angelegtes Projekt militärisch-ethnologischer Sozialtechniken nach außen. Sie selbst sehen dieses Projekt nicht als Vorstellung von Ordnung, sondern als Prozess zivil-militärischen „learning by doing“. Unsere Sache ist es nicht, über die Ergebnisse dieser Forschung zu spekulieren, sondern uns mit dem zivil-militärischen Aufmarsch auseinanderzusetzen. Das heißt auch, den SFB 700 in den Kontext der Schockpolitik an den Universitäten zu stellen und dort zu thematisieren.

Es ist zu erwarten, dass auf der NATO-Tagung 2009 in Strasbourg die COIN-SFB-Achse als Dimension einer neuen atlantischen Partnerschaft (Leitvorstellung von Merkel und CAP/Bertelsmann) zur Sprache kommt, wenn nicht institutionell, so doch zumindest inhaltlich.

[materialien.org]

★ Indes ist eine parallel von SFB Leuten gemachte Studie fürs BMfV aufgetaucht - indymedia.org/2008/11/231649.shtml

[Fortsetzung von Seite 4]

von Kriegsgerät, Soldaten, Munition, Treibstoffen. Somit sucht die Bundeswehr einen Logistik-Partner, der die schnelle Einsatzfähigkeit der Truppen sicherstellen und so zum aktiven Kriegsmittreiber werden soll. Beworben haben sich die hundertprozentige Post-Tochter DHL, die Deutsche Bahn mit ihrem Transportunternehmen Schenker, die Dienstleistungsfirma Arvato aus der Bertelsmann-Gruppe sowie ein mittelständisches Konsortium aus der Bremer Firma Hellmann Logistics, dem Flugzeug- und Rüstungskonzern EADS sowie der Beraterfirma Accenture. Ausländische Logistikfirmen haben aus Gründen der nationalen Sicherheit keine Chance. Die Bewerbungsfrist endete am 8. September 2008. Mit einer Entscheidung des Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (dem Bundesministerium für Verteidigung unterstellt) wird im Frühjahr 2009 gerechnet.

Die eindeutig größten Chancen für diesen Milliarden-Auftrag werden der DHL zugesprochen, nicht zuletzt wegen der umfangreichen bisherigen Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und der logistischen Expertise die das Unternehmen in aktiver Kriegsbeteiligung an der Seite der US-Streitkräfte seit 2003 im Irakkrieg gesammelt hat.

Olivgrüne Fracht - nichts neues für die Deutsche Post

Die Deutsche Post hat schon 2002 mit der Bundeswehr einen Rahmenvertrag abgeschlossen, demzufolge sie national und international den Versand von eiligen militärischen Dokumenten, sowie militärischer Ausrüstung und Verbrauchsgüter bis 50 kg übernimmt.

Zu Beginn des Jahres 2002 wurde die Deutsche Post World Net Hauptaktionär von DHL. Gegen Ende desselben Jahres stand DHL im 100%igen Eigentum der Deutsche Post World Net. Seit 2003 wird das gesamte Fracht- und Express-Geschäft der Deutschen Post unter dem Dachnamen DHL betrieben. DHL ist weltweiter Marktführer für internationalen Expressversand und Überlandtransport sowie die internationale Luft- und Seefrachtbeförderung und hatte unmittelbar nach Aufhebung der UN-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak im Mai 2003 dort als erstes Unternehmen Logistikdienstleistungen angeboten.

Hauptkunde im Irak ist das US-Militär wodurch DHL vom reinen Profiteur des Irakkrieges zum unmittelbaren Kriegs- und Besatzungshelfer avancierte. Die Deutsche Post AG als Konzernmutter der DHL ist um Diskretion bemüht und versucht die Fracht gegenüber der Öffentlichkeit auf Post für die US-Soldaten herunterzureden. Hierzu gab es eine Auseinandersetzung auf der Aktionärsversammlung der Deutschen Post AG im April diesen Jahres. Dem Vorstandsvorsitzenden Frank Appel wurde von kritischen Aktionären vorgeworfen, die Mitwirkung des Konzerns im Irakkrieg zu verschleiern. Transportiert werden neben der Feldpost verschiedenste Güter, die vom US-Militär und von unter Vertrag stehenden Unternehmen gebraucht werden. Wegen der schwierigen Sicherheitslage greift die DHL auf gepanzerte, unmarkierte Fahrzeuge zurück. An wenigen, sicheren Orten liefert sie im gelben DHL-Fahrzeug aus. Koordiniert werden die Logistik-Geschäfte von Paul Gillett, einem Ex-Militär. Vom Söldner zum Kriegslogistiker - so wie er haben die meisten der „ausländischen Experten" des irakischen DHL-Teams einen militärischen Hintergrund. Ehemalige britische Soldaten wurden für die Absicherung der Transporte angeheuert.

Zivil-militärische Akzeptanzbeschaffung

Im Kontext der derzeitigen Flaute an Bundeswehr-Nachwuchskriegern und der schlechten Öffentlichkeit aufgrund von drei erschossenen Zivilisten an einem Bundeswehr-Checkpoint in Afghanistan schickte sich die Deutsche Post Ende August an, eine PR-Offensive für die Bundeswehr zu starten. Mit 8000 großformatigen Post-Plakaten, auf denen sich ein Afghanistan-Kämpfer des deutschen Expeditionskorps mit Hilfe der Feldpost seiner Heimat so nahe fühlen darf, will die Deutsche Post die "Akzeptanz der Bundeswehr in der Öffentlichkeit" verbessern. Udo Eschenbach, "Konzernrepräsentant Military Affairs Bundeswehr/NATO" bei der Deutschen Post sagt über das Plakat: "Es soll den Soldatenberuf in der Gesellschaft präsent machen".

Gelbe Militarisierung - in Leipzig weit fortgeschritten

Mit Errichtung eines "technischen Stützpunktes" für militärische Großraumtransporter wurde der militärische Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle fortgesetzt. Der Subventionsflughafen (Steuerzuschüsse von über 300 Millionen Euro) war als zivil deklariert worden und wurde zeitgleich für den Kriegsnachschub der Bundeswehr und ihrer NATO-Partner auserkoren. Vor allem seit das Bundesverwaltungsgericht die Militärtransporte auf dem Flughafen Leipzig /Halle für rechtmäßig erklärt hat, wurde eine eklatante Zunahme amerikanischer Truppentransporte beobachtet. Leipzig ist zu einer wichtigen Zwischenstation amerikanischer Militärflüge in den Irak und nach Afghanistan und wieder zurück geworden. Auch die Bundeswehr nutzt den Flughafen als Zwischenstation für Soldatenflüge in die ausländischen Einsatzgebiete. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums fliegen von hier aus regelmäßig die beiden auf dem Airport stationierten Antonov-Großraummaschinen. Transportiert würden Großgeräte wie Lastwagen und Hubschrauber, aber auch Verpflegung, Trinkwasser und Zelte, sagt ein Sprecher. Und "selbstverständlich" auch Waffen. Der militärische Ausbau ist eng mit der DHL verknüpft, die über die DHL Hub Leipzig GmbH seit Anfang 2008 am Flughafen Leipzig/Halle eins ihrer weltweit drei Luftfahrt-Drehkreuze betreibt.

Die fortschreitende Militarisierung im Zivilen anzugreifen scheint ein lohnenswerter "comprehensive approach" für eine antimilitaristische Gegenstrategie.

Prozesserklärung von Axel, Florian & Oliver

26.September 2008 - Berlin [gekürzt]

Hier sitzen die falschen Leute auf der Anklagebank und sollen als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 verurteilt werden. Auf die Anklagebank gehören Kriegstreiber, Kriegsbefürworter und Rüstungskonzerne.

Sie sind die kriminellen Vereinigungen. Sie sind anzuklagen.

Ist Krieg Frieden?

Immer wieder heißt es, die heutigen Kriege - und ganz besonders der Krieg in Afghanistan - seien eigentlich eine Friedensmission. Wenn man die Truppen abzöge, käme es zu Bürgerkrieg oder chaotischen Verhältnissen. Dies ist allerdings reine Spekulation. Sicher ist dagegen, dass der derzeitige Kriegszustand für die afghanische Bevölkerung Elend, Hunger und Terror bedeutet. Deutsche Politiker [...] erhalten unermüdlich den Mythos aufrecht, die in Afghanistan operierende NATO-Truppe ISAF handle als reine Friedens- und Stabilisierungsmission. Dabei wird immer deutlicher, dass sie an einem entgrenzten Krieg gegen die afghanische Bevölkerung beteiligt ist. [...]

Der sogenannte Krieg gegen den Terror am Hindukusch arbeitet mit Mitteln der Aufstandsbekämpfung, die sich ebenso gegen Kämpfer und Kämpferinnen wie gegen Zivilisten und Zivilistinnen in Afghanistan richten. Mit der Übernahme des Kommandos der Schnellen Eingreiftruppe verstrickt sich Deutschland immer tiefer in diesen Aufstandsbekämpfungskrieg.

Was dies für die afghanische Bevölkerung heißt, ist Ende August wieder einmal sehr deutlich geworden. Die Koalitionstruppen verübten am 21.August diesen Jahres ein Massaker. Sie begründeten ihr Verbrechen mit den Worten, sie hätte mit afghanischer Unterstützung ein Treffen der Taliban in der westafghanischen Provinz Herat angegriffen und dabei 30, zum Teil führende Funktionäre des islamistischen Widerstands, getötet. Einige Tage später stellte die afghanische unabhängige Menschenrechtskommission fest, dass 90 unbeteiligte Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, getötet wurden. Selbst die mit dem Westen verbundene Regierung Karsai musste einräumen, dass Zivilpersonen bei dem Angriff starben.

Das Massaker löste in Afghanistan massive Proteste aus. In Azizabad griffen aufgebrachte Bewohner und Bewohnerinnen afghanische Soldaten an. Angesichts dieser Gewalttaten nimmt der legitime Widerstand gegen die Besatzung unter allen Bevölkerungsschichten Afghanistans zu. Die Medien stellen die afghanische Bevölkerung generell als Taliban oder Warlords dar - ein absolut verzerrtes Feindbild. Für viele geht es einfach um ein Recht auf Widerstand gegen den Terror der Besatzer, gegen einen Krieg, in dem so viele Unschuldige sterben müssen. Immer wieder kommt es zu solchen sogenannten Zwischenfällen, die in Wirklichkeit der Alltag des Krieges sind [...]

Stirbt ein deutscher Soldat in Afghanistan, dann wird jedoch staatstragend getrauert. Ende August wurde bei einem Angriff auf einen deutschen Konvoi ein deutscher Fallschirmjäger getötet. Sein Trupp sei in eine Sprengfalle

geraten, teilte der Verteidigungsminister Jung mit. Er verurteilte diesen Anschlag als feige und hinterhältig. Tote Afghanen werden dagegen allenfalls als unvermeidlicher Kollateralschaden der Kriegsführung erwähnt.

Müssen erst viele Zinksärge mit deutschen Soldaten und Soldatinnen zurückkommen, damit allen klar wird: Deutsche Truppen müssen raus aus Afghanistan! Warum reichen die vielen afghanischen Toten nicht aus? Anscheinend nicht: Die Zustimmung im Bundestag für eine Verlängerung des Mandats des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr gilt als sicher. Dabei erkennen selbst viele deutsche Soldaten trotz aller Propaganda, worum es in Afghanistan tatsächlich geht. Es gibt derzeit einen Einbruch bei den Meldungen zum freiwilligen Dienst an der Waffe; zehn Prozent aller Offiziersanwärter quittieren ihren Dienst schon während ihrer Ausbildung. Sie haben berechtigte Angst um ihr Leben.

Was sind die Kriegsgründe?

Die Lügen über die Ziele deutscher Kriegspolitik werden immer offensichtlicher: Schon 1999 hieß es, wir müssten wieder in den Krieg ziehen, um ein weiteres Auschwitz zu verhindern. Mit dieser dreisten Instrumentalisierung der Shoah wurde erstmalig ein völkerrechts- und grundgesetzwidriger Angriffskrieg gegen Jugoslawien legitimiert. Er kostete vielen Zivilisten und Zivilistinnen das Leben. Angeblich sollte ein Völkermord im Kosovo verhindert werden. Gezielte Zerstörungen von Strom- und Wasserversorgungen, Brücken, Ölraffinerien und Chemiefabriken verschlechterten die Lebensbedingungen der Menschen drastisch. Jugoslawien wurde zerschlagen.

In Afghanistan spricht vor allem dessen geostrategische Bedeutung für einen Krieg. So will der US-Konzern Unocal eine Pipeline durch Afghanistan verlegen. Afghanistan ist interessant als Pipelinekorridor und liegt in der Nähe von zwei Dritteln der weltweiten Öl- und Gasvorräte. Das Land eignet sich inmitten dieser weltpolitisch wichtigsten Region als Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschussrampen. Lothar Rühl, früherer Regierungssprecher und Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, bezeichnete die Sicherung der westlichen Investitionen in das neue Afghanistan als eigentlichen Kriegsgrund.

Daher wurden im Rahmen der Besatzung umfangreiche Wirtschaftsreformen diktiert. So beteiligte sich Deutschland maßgeblich an der Ausarbeitung eines sogenannten Investitionsschutzabkommens. Dieses erlaubt es Ausländern, Firmen in Afghanistan zu 100 Prozent zu besitzen, schützt sie vor Enteignung und befreit sie obendrein in den ersten acht Jahren völlig von Steuerzahlungen. Die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" - werden schon in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 als Kriegsgrund genannt.

Ein weiterer Grund für die deutsche Regierung, die militärische Unterstützung des Krieges zu verlängern, ist, dass sie ihre Bündnistreue gegenüber der NATO beweisen will. Sie will ihre Position in der NATO sichern und zudem auch die NATO festigen. Denn ein Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan würde den "Krieg gegen den Terror" zum Scheitern verurteilen. Und es würde die NATO in ihrer gegenwärtigen Konzeption, als weltweit agierendes Bündnis auch für künftige Angriffskriege in Frage stellen.

Wer verdient an den Kriegen?

Und überhaupt: Die Geschäfte mit dem Tod laufen gut. 2007 stiegen die weltweiten Militärausgaben auf ein Rekordniveau. [...] Deutschland ist mit einem Weltmarktanteil von zehn Prozent drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt.

Die Firma Heckler & Koch beispielsweise liefert weltweit ihre Sturmgewehre G 36 in die Krisenzentren der Welt. So auch an die georgische Armee, die am 8. August dieses Jahres die Hauptstadt der Provinz Ossetien mit deutschen Waffen überfiel. Mit der georgischen Militäroffensive begann ein schmutziger Krieg im Kaukasus. Vor allem traf es wieder wehrlose Zivilisten - auch Kinder: Opfer eines Konflikts, der schon viele Jahre schwelt. Trotz Exportverbots ist die Standardwaffe der Bundeswehr, das Sturmgewehr G 36 K, schon 2005 nach Georgien geliefert worden. Die Rüstungsexportrichtlinien untersagen Waffenexporte in Krisenregionen. Entweder hat Heckler & Koch illegal geliefert oder die USA haben die Waffen weiterverkauft und damit gegen die Endverbleibsklausel verstoßen, die solche Weiterverkäufe verhindern soll. Es gab und gibt immer wieder Waffenlieferungen von deutschen Firmen an menschenrechtsverletzende oder kriegsführende Staaten. Wer ermittelt gegen solche kriminellen Machenschaften? Wer verurteilt sie?

Woher kommt das Geld für die Kriege?

Die Intensität der Kriege nimmt zu und an der Rüstung wird immens verdient. Mit dem Verteidigungshaushalt werden die finanziellen Grundlagen dafür gelegt, dass die Bundeswehr ihre Kriege führen kann. Die Abgeordneten des Bundestages haben am 30. November 2007 das Haushaltsgesetz 2008 beschlossen und den Verteidigungsetat wieder einmal um eine Milliarde auf 29,45 Milliarden Euro erhöht. Auch deshalb wird ein Großteil der Menschen immer ärmer. Es geht zuviel Geld in den Verteidigungshaushalt.

Die sozialen Kürzungen in den verschiedensten Bereichen treffen zuerst diejenigen, die sowieso an den sozialen Rand gedrängt sind. Diese Entwicklungen sind eben nicht zu trennen vom weltweiten Kriegszustand. Rüstungsausgaben steigen, an Ausgaben für Soziales wird gespart. Ganze Bevölkerungsschichten verarmen, eine neue Form von Kinderarmut entsteht.

Die neue soziale Situation wird von den Strategen der Bundeswehr für die Nachwuchsgewinnung schamlos ausgenutzt. Professoren an der Bundeswehr-Universität München nehmen an, dass es derzeit eine erhöhte Gewaltbereitschaft von Jugendlichen gebe. Die Bereitschaft zum Töten sei eine ideelle Ressource. Eine mögliche Verbesserung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt ist aus ihrer Sicht gar nicht erwünscht. Denn gerade in der Perspektivlosigkeit von Jugendlichen sehen sie die Chance, ausreichend Soldaten zu rekrutieren. So versucht die Bundeswehr besonders an Schulen und auf Arbeitsämtern, Nachwuchs zu gewinnen.

Wo bleiben die Kriegsflüchtlinge?

Der Krieg gegen Afghanistan ist auch der Grund dafür, dass viele Menschen aus dem Land fliehen. Aber anstatt sie aufzunehmen, weil man die Ursachen für die Flucht selbst geschaffen hat, müssen die überlebenden Opfer des Krieges eine Migrationspolitik erleiden, die eng mit den Sicherheits- und Kriegsinteressen verbunden ist. Ziel aktueller deutscher und europäischer Migrationspolitik ist es, Flüchtlinge kriegsnah in Lagern zu internieren - möglichst außerhalb von Europa. Und es geht um eine schnelle Abschiebung der Flüchtlinge, die es doch bis Europa geschafft haben, zurück in die Kriegsgebiete.

Schon im Juni 2005 haben die deutschen Innenminister grundsätzlich die sogenannte "Rückführung" aller afghanischen Flüchtlinge in den Krieg beschlossen. Zunächst wurden nur Straftäter und alleinstehende Männer abgeschoben, jetzt sollen zumindest in Hamburg ganze Familien in den möglichen Tod geschickt werden. Die Innenminister hatten diese Entscheidung ein Jahr zuvor damit begründet, dass sich die Lage in Afghanistan seit dem Sturz des Taliban-Regimes stabilisiert habe. Es sei dort wieder sicher. In einem geheimen, von der ZEIT veröffentlichten Papier, gab aber damals selbst das Auswärtige Amt zu, dass das Land "kein sicherer Herkunftsstaat" sei.

Welcher Widerstand ist möglich gegen den Krieg?

Widerstand, der das Ziel hat, die Gewalt des Krieges, die Kriegswirtschaft sowie das Militär anzugreifen, um eine Situation der Besatzung, die Ermordung von Zivilisten und Zivilistinnen und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zu unterbinden, ist legitim. Sabotage ist ein Teil dieses Rechtes auf Widerstand und soll im besten Fall Schlimmeres, nämlich Kriegseinsätze, verhindern helfen.

Im angelsächsischen Raum gab es in den letzten Jahren drei Sabotage-Aktionen, die die dortigen Geschworenengerichte nicht bestraften, sondern bei denen sie die Angeklagten freisprachen [dazu findet ihr in früheren Panzerknackerinnen einiges] Aber in Deutschland setzt man alles daran, ein ruhiges Hinterland zu haben, um Kriege führen zu können. Deshalb geht es für die Staatsorgane hier mit aller Gewalt darum, die Gesellschaft zu militarisieren und einen Feind sichtbar zu machen und zu identifizieren, um ihn auszugrenzen und in die Gefängnisse zu stecken.

Kenntlich gemacht wird der Feind über das Gesetz, über die Paragraphen 129, 129a und 129b und deren Anwendung. Auch gegen uns wird der §129 gerichtet. Wer der Feind ist, liegt in der Definitionsmacht der Herrschenden. Das mg-Verfahren ist in diesem Sinn zu verstehen.

Worum geht es in unserem Verfahren?

Wir sollen als antimilitaristischer Widerstand, Revolutionäre und Mitglieder der militanten gruppe im Sinne der Staatsräson angeklagt und verurteilt werden. Denn es geht in diesem Gerichtsverfahren nicht nur um eine versuchte Brandstiftung gegen Militärfahrzeuge, sondern um ein sogenanntes Vereinigungsdelikt. Ob nun terroristische oder kriminelle Vereinigung, strafbar ist die bloße Mitgliedschaft, egal ob die einzelnen Mitglieder eine Straftat begangen haben oder nicht: Der aktuelle §129 erhielt sei-

ne Struktur im Rahmen des 1. Strafänderungsgesetzes 1951 zur Verfolgung von Kommunisten und Kommunistinnen in der BRD.

Der §129 hat die Funktion eines politischen Strafrechtes, wenn der Bundesgerichtshof die militante Gruppe als eine kriminelle Vereinigung klassifiziert, obwohl doch nach dem Artikel 103 Absatz II des Grundgesetzes gilt, dass niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Trotzdem bleibt dieses Gesinnungsstrafrecht bestehen.

Im Namen der militanten Gruppe gab es Bekenntnisse zu 24 Anschlägen und den Versuch, eine Debatte über Militanz und Organisierung anzuregen. In ihren Texten erklärt sie, dass ihre Anschläge in der derzeitigen Phase nur eine propagandistische und unterstützende Wirkung für Klassenkämpfe oder antirassistische Kämpfe haben können. Der Bundesgerichtshof nahm inzwischen davon Abstand, zu behaupten, diese Aktionen könnten die Grundstrukturen des Staates beseitigen oder beeinträchtigen - als objektive Bedingung für die Zuschreibung einer terroristischen Tat.

Die Anklage durch die Bundesstaatsanwaltschaft auf der Grundlage des §129 soll aber weiter dazu dienen, einen solchen organisierten Widerstand zum Staatsfeind zu überhöhen. Das Verfahren gegen uns kann so auch zu einem exemplarischen Verfahren werden, um zukünftig mit dem §129 vom Farbbeutelwurf bis zum Straßenriot viele Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu kriminalisieren und mit einem Feindstrafrecht zu bestrafen, das vom normalen Strafrecht abgespalten wird.

Die Kriminalisierung politischen Widerstandes trifft derzeit nicht nur uns: In Stuttgart-Stammheim gibt es zurzeit ein Verfahren auf der Grundlage des §129b. Auch in anderen Ländern werden politische Aktivisten und Aktivistinnen kriminalisiert: in Frankreich die Anarcho-Autonomen, in Griechenland die Anarchisten und Anarchistinnen, in Belgien und der Schweiz Die Rote Hilfe International, in Österreich die Tierrechtsaktivisten und -aktivistinnen, im Baskenland und in Italien die politisch-militärische Kommunistische Partei (PC p-m) und der Genua-Widerstand.

Wie rüstet der Staat präventiv gegen Widerstand auf?

Das Strafrecht wird hier in ein Gefahrenvorbeugungsrecht überführt. Um ungestört Kriege führen zu können und den kapitalistischen Normalzustand zu sichern, werden Maßnahmen ergriffen, die sich gegen jeden und jede richten können. Damit verbunden ist der immer schnellere Abbau demokratischer Rechte. Die zunehmende Militarisierung - der Ausbau des Überwachungsstaates werden forciert. Ziel des anvisierten präventiven Sicherheitsstaates ist es, den verfassungsgemäß unveränderbaren Artikels 1 des Grundgesetz es, den Schutz der Menschenwürde, auszuhebeln.

Die Angst vor der terroristischen Gefahr wird geschürt, um die Bürger und Bürgerinnen in diese Richtung manipulieren zu können. Für diese Gefahr gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Aber für den Umbau des Rechtsstaates hält sie her. Von einem Großteil der Menschen wird alles gebilligt, was die angebliche Gefahr mindern könnte. Die meisten Freiheitsgesetze werden der Sicherheit geopfert und viele kriegen es nicht mit. Die Sicherheitspolitik schlägt verfassungsrechtliche Bedenken in den Wind. So will der Innenminister das Folterverbot aufheben: Wenn ein Beschuldigter auf grausame Weise gesprächig gemacht wurde, dann sollen die deutschen Sicherheitsdienste davon profitieren können. Der Innenminister fabuliert von extralegalen Erschießungen und will den Abschuss von entführten Flugzeugen erlauben. Zudem stehen auf der Wunschagenda des Innenministeriums oder sind zum Teil schon Realität: Das Einsperren von sogenannten Verschwörern und Gefährdern in Lager, Kommunikationsverbote für politisch Missliebige und für ganze Gruppen von Migranten und Migrantinnen, Hausdurchsuchungen ohne Anwesenheit von Zeugen und Betroffenen, geheime Onlinedurchsuchungen, Einsatz von Militär mit Waffen gegen Demonstrierende und die umfassende Bespitzelung der Bürger und Bürgerinnen durch Polizei und Geheimdienste sowie die Rasterfahndung.

Mit welcher Aggressivität sich die Zustände verschärfen könnten, zeigen die Vorschläge der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), die sogar die Anti-Terror-Gesetze durch die zwei neuen Paragraphen 89a "Vorbereitung einer Gewalttat" und Paragraph 91 "Anleitung zu einer Gewalttat" erweitern will. Demnach sollen auch Einzelne wie terroristische Vereinigungen verfolgt werden können.

Dass die Rechtsordnung im Rahmen staatlicher Repression suspendiert wird, ist in der BRD nichts Neues. Schon in den 1970 Jahren wurden Legislative, Exekutive und Justiz in den sogenannten Krisenstäben einfach zu einem Komplex miteinander verschmolzen, um gegen die RAF vorzugehen. Die Krisenstäbe erwogen während der Schleyer-Entführung die Todesstrafe für inhaftierte RAF-Aktivisten. Generalbundesanwaltschaft Kurt Rebmann schlug sogar vor, den Artikel 102 des Grundgesetzes, "Die Todesstrafe ist abgeschafft"- unverzüglich zu ändern - und solche Personen zu erschiesen, die "von Terroristen durch menschenpresserische Geiselnahme befreit werden sollen".

Was lehrt uns die Geschichte?

Aus der Geschichte des deutschen Faschismus haben zumindest wir gelernt, dass der NS-Staat mit Unterstützung seiner national mobilisierten Bevölkerung eine grenzenlose Kriegsgewalt vorangetrieben hat, die die Zivilbevölkerung in Europa brutal zu spüren bekam. Nach dem 2. Weltkrieg konnte es aufgrund der Millionen Kriegstoten und der systematischen Ermordung des europäischen Judentums nur eine Lehre geben: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus.

Daraus speiste sich auch der Widerstand der Nachkriegszeit: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung, gegen den Aufbau einer neuen Wehrmacht, die dann Bundeswehr hieß, gegen Atomwaffentests, gegen Nato-Manöver, gegen die imperialistische Kriegspolitik der USA.

Wenn das Gericht versucht, uns zu bestrafen, richtet sich diese Kriminalisierung gegen den emanzipatorischen Versuch, sich gegen einen Staat und gegen eine herrschende Politik zu wenden, die im Namen des sogenannten "Kriegs gegen Terror" Krieg führt, bombardiert, tötet und foltert.

Nie wieder Krieg!

Viele Formen des Widerstands sind legitim!

Für eine kommunistische Weltgesellschaft!

Mit Tucholsky sagen wir:
Krieg dem Kriege!
Friede auf Erden!

ЕДА ВМЕСТО БОМБ
потому что еда это право, а не привилегия

Moskau: Vollversammlung Food not Bombs geplant

indymedia - 13. November 2008

"Food Not Bombs" ist eine weltweite Bewegung selbstorganisierter Gruppen gegen Militarismus und Armut. Sie sammeln Lebensmittelspenden oder "containern" Dinge, die wegen nahender Verfallsdaten von den Supermärkten weggeworfen werden, kochen größere Mengen vegetarisches oder veganes Essen und ziehen dann los, um es zu verschenken. Dazu wird Theoretisches gereicht gegen Kapitalismus, Faschismus und vor allem natürlich gegen den Krieg, für den Regierungen bekanntlich immer Geld übrig haben - wie es z.B. in Pakistan offiziell hieß: "Wir werden die Atombombe bauen, auch wenn wir alle hungern müssen!"

In Russland arbeiten die zahlreichen FNB Gruppen unter exrem schwierigen und echt gefährlichen Bedingungen. Essen ist schwer aufzutreiben, sobald der Treffpunkt bekannt wird drohen Überfälle von Polizei und Nazis. Vor genau drei Jahren, am 13.11.2005 wurde Timur Katscherawa in Petersburg von Faschos erstochen.

Zum Jahreswechsel wollen russische FNB Gruppen in Moskau zu einem weltweiten Treffen einladen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Zur Zeit wird unter der Überschrift "Nieder mit der Wohltätigkeit" diskutiert, ob das Konzept FNB letztlich mehr zur Stabilisierung des Systems beiträgt als zu dessen Überwindung, da über akute Notlinderung hinaus keine Organisierung stattfinden kann - zumindest nicht in Russland - ob es nicht vielversprechender sei dem Beispiel Machnos zu folgen und Waffen an die Obdachlosen zu verteilen.

[kapusto-crew@riseup.net, lubava@hippy.ru

foodnotbombs.ru]

Berlin: Strafprozess wegen Why Not? Aufkleber

1.Dezember 2008 - Berlin, Moabit

Wer kennt ihn nicht, den wunderschönen brennenden Bundeswehr-Jeep, der einst das Cover des Buches "Ende einer Dienstfahrt" von Heinrich Böll zierte? Im Sommer 2008 war die Frage nach der Legitimität solcher Akte aktualisiert worden, als bei MAN Bundeswehr-LKW (fast) brannten.

Viele fragten: Why not? - und so landete der Slogan samt Jeep auf dem Plakat einer Soliveranstaltung, wo AntimilitaristInnen aus Belgien, BRD und Irland ihre Blockade- und Sabotageaktionen zur Diskussion stellten. Mit einem Freispruch aber, wie ihn KriegsgegnerInnen in Irland für ihre Taten verschiedentlich errangen, ist in der BRD nicht zu rechnen. Im Gegenteil: Hier führte

vor kurzem allein das Verkleben des "Why not?" Aufklebers zu einer Anzeige wegen der "Billigung von Straftaten".

Der Prozess wurde unmittelbar vertagt, um zu prüfen, ob Innensenator Körting als Zeuge zu laden ist. Der hatte schließlich behauptet, das Plakat sei eine "schäbige, aber strafrechtlich nicht relevante Meinungsäußerung". We´ll see...

Totalverweigerer Hannes, Jonas & Jan-Patrick

19.November 2008 - Beelitz, Brandenburg

Das beste zuerst: **Jan-Patrick** ist frei. Nachdem er im Oktober zum dritten Mal von der Armee weggesperrt worden war, ist er endlich aus der BW “entlassen” und auf dem Weg nach Hause. Leider steht nun vermutlich in einem Jahr ein Prozess an. Dafür wird weiterhin Soli-Kohle gebraucht - also bestellt euch Shirts, macht Soli-Partys! Blog und der Newsletter bleiben bestehen.

[totalverweigerung@riseup.net]

Jonas ist anerkannter Kriegsdienstverweigerer und ist nicht bereit, den vermeintlich zivilen Ersatzdienst zu leisten, durch den er im Ernstfall für den Katastrophenschutz (als Sanitäter etc.) eingezogen werden könnte und somit in den Kriegsapparat eingegliedert bleibt. Am 18. Dezember 2008 findet in Gießen ein Prozess wegen „eigenmächtigen Fernbleibens vom Dienst“ statt. UnterstützerInnen rufen zu einer Solikundgebung auf.

[totalverweigerung@riseup.net]

Hannes hatte am 1.Oktober als anerkannter Kriegsdienstverweigerer den Zivildienst angetreten, zweifelte aber zusehends daran, ob er das Richtige tut. Der Entschluss, nicht mehr zum Dienst zu erscheinen ist für ihn der einzige konsequente Weg: "Ich lehne Gewalt in Form von Krieg, Militarismus, Bevormundung und Zwangsarbeit ausnahmslos ab. Der Zivildienst verkörpert aber direkt oder indirekt diese Formen der Gewalt. Deshalb fordern wir die sofortige Abschaffung von jedem Zwangsdienst; für eine solidarische Welt ohne Herrschaft und Gewalt."

[solid-giessen@gmx.net]

Die drei haben sich zusammengeschlossen, um politische Öffentlichkeit herzustellen und zusammen mit der Friedensbewegung weitere Totalverweigerer zu unterstützen.

[totalverweigerung.blogsport.de]

Hannover: Freispruch für Marktkirchenerstürmung

30.August 2008 - Hannover, LowerSaxony

Der Prozess gegen sechs Antimilitaristen, der vor dem Amtgericht Hannover unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen stattfand endete für alle mit Freispruch. Der Vorwurf des Hausfriedensbruchs im Rahmen der Protestaktion gegen das Adventskonzert der 1.Panzerdivision in der Marktkirche fiel in sich zusammen: Der Erstatter der Anzeige konnte niemanden identifieren, die Bullen verstrickten sich in Widersprüche und die Beschuldigten schwiegen. So soll es sein!

Israel: VerweigererInnen müssen ins Gefängnis

Herbst 2008 - Israel, BaWü

Jonathan Ben-Artzi ist überzeugter Pazifist, sieht Gewalt nicht als Möglichkeit Konflikte zu lösen und ist nicht bereit in einer Armee zu dienen. Zum 8. August wurde er eingezogen - er erschien, jedoch weigerte er sich die Uniform anzulegen und wurde von einem Offizier zu 28 Tagen Haft verurteilt. Direkt nach der Entlassung wurde er wieder eingezogen. Inzwischen sitzt er seine zweite Haftstrafe ab. Dies wird sich noch ein bis zwei mal wiederholen, ehe er auf eine Freistellung vom Militärdienst hoffen kann.

Am 12.Oktober wurden auch vier israelische Kriegsdienstverweigerinnen zu einer zweiten Militärgefängisstrafe verurteilt.

Sahar Vardi und **Tamar Katz** wurden zu 21 Tagen Haft verurteilt, **Omer Goldman** and **Mia Tamarin** zu je 14 Tagen. Sahar war erstmals im August für ihre Weigerung den Militärdienst anzutreten ins Militärgefängnis gekommen. Tamar, Omer und Mia wurden im September zu ersten Haftstrafen wegen Verweigerung des Dienstantritts verurteilt .

Omer Goldmann "Ich verweigere den Dienst im israelischen Militär... Wie die meisten FreundInnen auch habe ich die Ethik des israelischen Militärs nie in Frage gestellt. Aber als ich die besetzten Gebiete besuchte stellte ich fest, dass dies eine völlig unterschiedliche Realität ist, eine gewalttätige, repressive, extreme Realität, die beendet werden muss."

War Resisters International, DFG-VK und Graswurzelrevolution rufen zu Protestschreiben an israelische Behörden auf.

[graswurzel.net/news/israel-kdv.shtm]

BRD: US-Soldat beantragt politisches Asyl

26.November 2008 - Connection e.V.

Was in Kanada fast eine Bewegung ist, passiert in Europa zum ersten Mal: André Shepherd, ehemaliger Mechaniker der US-Armee im bayrischen Katterbach desertiert kurz vor seinem zweiten Einsatz im Irak. Nach zwei Jahren im Untergrund hat er nun in der BRD politisches Asyl beantragt.

Nachdem er bei seinem ersten Irak-Einsatz erleben musste, wie die Apache-Helicopter, die er in Schuss hält, gegen Zivilisten eingesetzt werden, ändert sich seine Haltung: "Es war ein widerliches Gefühl, mir eingestehen zu müssen, dass ich im Grunde Tag für Tag am Abschlachten von stolzen Menschen beteiligt war... Wir haben Nationen zerstört, führende Persönlichkeiten getötet, Häuser geplündert, gefoltert, entführt, gelogen". Mit gutem Gewissen könne er nicht weiter in der US-Armee dienen.

Da Shepherd den Irak-Krieg, nicht aber Krieg generell ablehnt ist ihm der Weg der Verweigerung aus Gewissensgründen versperrt. Tatsächlich fordert der Asylantrag von der Regierung der BRD eine grundsätzliche Positionierung: Ohne die tägliche Arbeit von 60.000 SoldatInnen in den US-MIlitärbasen und Flughäfen der BRD wäre der Krieg im Irak viel schwieriger zu führen.

[mc.network.de]

Aktionstag: Feuer und Flamme der Repression

13. Dezember 2008 - einstellung.so36.net

Rund tausend DemonstrantInnen folgten in Berlin dem Aufruf, in Solidarität mit den Beschuldigten im [mg] Prozess ihrer Wut über die zunehmende Repression gegen Linke auf der Strasse Ausdruck zu verleihen. Die kam in der Tat deutlich rüber. Der Mord an Alexandros in Athen, der Freispruch für die Mörder von Oury Jalloh in Dessau, die Aushebelung des Demorechts in BaWü, Verhaftungen wegen Sabotage in Frankreich, ausufernde Anwendung von 129a & b, usw, usf... ES REICHT! Nach der Demo wurden Banken mit Steinen und Feuer angegriffen, ein Luxus-Jeep und ein Porsche brannten aus. Drei Tage später wird mit Steinen und Farbe auf eine Polizeiwache und die davor geparkten Einsatzfahrzeuge noch mal nachgelegt. [tarnac9.noblogs.org]

In vielen Städten der BRD trugen oft spontane und nicht angemeldete Demos den Konflikt mit Polizei und Justiz lautstark und entschieden in die Öffentlichkeit. Und der Staat zeigte, was es heißt in Kriegszeiten zu protestieren: Demonstrationsverbot wegen "aufgeheizter Stimmung" in Bremen, derbe Misshandlungen in Minden. Fuck them!

Viel wichtiger ist, dass die vielen Solidemos, Statements und Aktionen deutlich machten, dass ne ganze Menge Leute sich nicht mit der Rolle als KollaborateurIn, ZuschauerIn oder eben Opfer im Globalen Sozialen Krieg abfinden werden - dass sich nicht nur in Athen der Widerstand gegen die aggressiv autoritäre Formierung der kriegführenden Staaten regt - und dass dieser Widerstand über Grenzen hinweg zueinander findet.

Die Welle weltweiter Soli-Aktionen scheint ihren Scheitelpunkt noch lange nicht erreicht zu haben & auch die drei in Berlin angeklagten Antimilitaristen wurden nicht vergessen. In Neuseeland und Österreich gab es Aktionen vor der Botschaft der BRD, in Brüssel steht nun auf der Wand des Bayer Chemie-Konzerns zu lesen:

SOLIDARITÉ AVEC LES INCULPES DU PROCES MG BERLIN !